

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II, Havliczkova nám. 32. Telefon 6785, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II, Havliczkova nám. 32. Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Dreierachse.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—

3. Jahrgang.

Freitag, 28. September 1923.

Nr. 226.

Deutscher Arbeiter, denke darüber nach!

Wenn man glaubt, die hakenkreuzlerische Dreifaltigkeit und Verlogenheit könne nicht mehr überboten werden, so wird man bald gewahrt: sie wird immer wieder von einer neuen übertrumpft. So ruft denn das Duxer Hauptblatt der Deutschgelben: „Denk einmal darüber nach, deutsche Arbeiter!“ Wirklich und wahrhaftig: die Arbeiter sollen nachdenken! Daß es den Gelben bei den Gemeindevahlen gelang, auch gewisse proletarische Schichten einzufangen, hat sie übermütig gemacht; nun wollen sie, daß diese Arbeiter auch nachdenken, wobei sie nicht bedenken, daß nur die leider noch vorhandene Gedankenlosigkeit mancher Proletarier die Quelle vorübergehender Erfolge der Deutschgelben sein kann. Worüber sollen denn die deutschen Arbeiter nachdenken? Das Hakenkreuzlerblatt setzt diesem Nachdenken nicht sehr weite Grenzen: über den Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten! Die Nationalsozialisten wissen sehr gut, daß sie ihren Stimmzuwachs aus den proletarischen Schichten nicht der Werbekraft ihrer hakenkreuzlerischen Ideen und ihrer wohl irgendwo auf dem Mond zu suchenden Erfolge zu danken haben, sondern der Apathie, die sich vieler Arbeiter wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Not, der nationalistischen Gewaltpolitik der tschechischen Machthaber und vor allem der durch die Kommunisten hervorgerufenen Zersplitterung der Arbeiterbewegung zweifellos bemächtigt hat. Und so suchen die Deutschgelben diesen, allerdings sehr bedauerlichen Streit, so lange er noch dauert, zu fruchtifizieren, suchen damit Geschäfte zu machen und ihr sonst armseliges Parteiüppchen zu locken. Würden sich Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer Einheitsfront oder gar zu einer Partei vereinigen, wie würden da die deutschgelben Schimpfbolde loslegen! Weil unsere Parteigenossen in Prag mit den Kommunisten ihre Liste koppelten, anstatt mit den Deutschbürgerlichen, da schrien alle Hakenkreuzler — stimmführend waren die Deutschgelben — über „nationalen Verrat“. Doch jetzt heißt es wieder anders, jetzt ereifern sie sich, weil Sozialdemokraten und Kommunisten sich befänden, anstatt gemeinsam für den Sozialismus zu kämpfen. Kann es eine ärgere Verlogenheit geben? Und doch lehrt uns die Erfahrung, daß die Deutschgelben auch diese ihre Leistung noch überbieten werden. Die Deutschgelben, die ihr Entstehen und ihre Aufpöpelung der Fürsorge der ärgsten Ausbeuter danken, deren Vergangenheit und Tätigkeit ein einziger Verrat an der Arbeiterklasse ist, und die auch jetzt noch in der Schwächung der sozialistischen Arbeiterbewegung ihre höchste Aufgabe erblicken, diese Deutschgelben zeigen sich besorgt um die Zukunft des — Sozialismus und, es ist schwer, nicht auszulassen, um den Kampf gegen den Kapitalismus! Das sagen die, welche die Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, also auch der Aufrechterhaltung der Ausbeutung, zu einem ihrer ersten Programmpunkte gemacht haben! Ja, deutscher Arbeiter, denke nach, und zwar gründlich, und du wirst dahinterkommen, warum sich die Hakenkreuzler über die schließlich geschichtlich bedingte Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten so ereifern: weil sie aus dieser Auseinandersetzung profitieren wollen, weil sie wollen, daß sich die Arbeiterschaft dem Hakenkreuzertum, das ist: dem verhassten Klassenverrat, der nationalsozialistischen Reaktion, in die Arme werfe! Und wenn du, Arbeiter, nachdenkst, so erwäge auch, blicke nach Italien und Ungarn, was das bedeutet!

Deutscher Arbeiter, denke wirklich nach, nicht nur bis zur Grenze, welche Dir die deutschgelben Gimpelfänger stecken! Höre, wie ein deutschbürgerliches Blatt, der „Nordböhmische Volksanzeiger“ am 26. September l. J. über den Wahlausfall sich freut: „Jedem Unternehmer muß es angenehm sein,

Deutschlands Schicksalsstunden.

Ein Aufruf der Sozialdemokratischen Partei. — Offizielle Bekanntgabe der Einleitung des Ruhrkampfes an die Entente. — Vorläufige Ruhe im ganzen Reich trotz kommunistisch-hakenkreuzlerischer Hege.

Berlin, 27. September. (Eigenbericht.) Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erlassen an die Parteigenossen einen Aufruf, in dem an die Beschlüsse der Reichsregierung über die Aufgabe des passiven Widerstandes und die Regelung der Währungsverhältnisse angeknüpft und dann gesagt wird, daß das deutsche Volk selten vor so schwerwiegenden Entscheidungen gestanden habe wie in diesen Tagen. Gerade in dieser Zeit aber sehen die Reaktionen aller Richtungen zu einem Stolz gegen die deutsche Republik ein. Die bayerische Regierung habe Herrn von Kahr, einen ausgesprochenen Feind der Sozialdemokratie, zum Generalkommissar ernannt und Verordnungen erlassen, die in die Befugnisse des Reiches eingreifen. Die Reichsregierung habe zur Wahrung von Recht und Verfassung ihre Maßnahmen getroffen und über das Reich den Belagerungszustand verhängt; es sei zu befürchten, ob es gelingen werde, die Ruhe und Ordnung der Republik aufrecht zu erhalten. Die Parteigenossen müßten den Bestrebungen der Reichsregierungen volle Aufmerksamkeit zuwenden; die Parteileitung werde in fester Fühlungnahme mit der Reichsregierung und den Organisationen bleiben, um die Republik zu schützen. Jede Sonderaktion müsse unbedingt unterbleiben; die Arbeiterklasse werde die deutsche Republik zu verteidigen wissen, sobald der Ruf der Partei an sie ergehe.

Der Reichskanzler hat heute die Vorschläge der Entente-Regierungen empfangen, um sie über den vorläufigen Abbruch des passiven Widerstandes offiziell zu unterrichten. Ob die Regierung darüber hinaus bereits in den nächsten Tagen ein offizielles Angebot zur Regelung der Reparationsfrage an die Reparationskommission macht, unterliegt noch der Entscheidung des Kabinetts. In parlamentarischen Kreisen der Linken ist die Auffassung vorherrschend, daß die schnelle Behebung des Vorkriegszustandes in Paris und Brüssel zur Einleitung von Verhandlungen über die Wiederherstellung des Ruhrgebietes und die Regelung der Reparationsfrage durchaus notwendig ist.

Trotz der Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich wird die Lage im allgemeinen ruhig beurteilt. Soweit Nord- und Mitteldeutschland in Betracht kommt, dürfte der Abbau des passiven Widerstandes und der Beginn der Verhandlungen mit Frankreich und der Entente zu keinen politischen Weiterungen Anlaß geben. Im Ruhrgebiet versuchten die Kommunisten an einigen

Orten aus der Situation für sich selbst Nutzen zu ziehen; sie verbreiten ein von der Zentrale der kommunistischen Partei in Berlin hergestelltes Flugblatt, worin zu einem 24stündigen Generalkstreik gegen die Reichsregierung aufgefordert wird. In Geisenkirchen traten in einzelnen Betrieben die Arbeiter in den Streik, zum Teil wurden Bergarbeiter mit Gewalt aus den Gruben herausgeholt.

Kritischer wird die Lage in Bayern angesehen, nicht so sehr deshalb, weil von den Hakenkreuzern eine Aktion erwogen wird, sondern weil durch die Ernennung Kahrs gerade die Richtung aus Mader gekommen ist, welche die Abspaltung von Norddeutschland und die Wiederherstellung der Monarchie in Bayern auf weniger geräuschvolle Weise, aber nicht weniger zielbewußt betreibt. Man erinnert sich noch gut an die zweifelhafte Rolle Kahrs als Ministerpräsident gegenüber der Reichsregierung; auf jeden Fall empfinden die bayerischen Arbeiter Kahrs Ernennung zum Generalkommissar als eine schwere Brüstung.

Der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei in Bayern veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiterklasse, worin diese aufgefordert wird, für den Fall eines Putschversuches für Republik, Verfassung und geltendes Recht, und Beamtenrecht einzustehen. Die bayerische Volkspartei wendet sich gegen jeden Versuch, durch einen Umsturz die augenblicklichen staatlichen Verhältnisse zu ändern; da sie in Bayern regiert, bedeutet das eine deutsche Abgabe an Hitler. Noch den am späten Abend vorliegenden Meldungen ist Bayern bisher ruhig geblieben. In München sind die Straßen stark bevölkert. Zu größeren Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Die Sitzung des Reichstages.

Keine Debatte.

Berlin, 27. September. (Wolff.) Der Reichstag trat heute nachmittag zu einer Plenarsitzung zusammen. Präsident Loebe wies bei der Eröffnung der Sitzung auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Aufgaben hin und sprach die Hoffnung aus, daß eine starke auf das Parlament gestützte Gewalt alle Anstürme auf die Einheit der Republik zurückweisen möge.

Es folgte eine Geschäftsordnungsdebatte. Der deutschvölkische Abg. Graefe und der Kommunist Barth verlangten, daß der Reichskanzler veranlaßt werde, eingehend über die Lage zu berichten. Auch der Deutschnationale

Schulz-Bromberg verlangte die sofortige große politische Aussprache. Der Sozialdemokrat Müller-Frankenburg hält eine baldige politische Aussprache für notwendig und bezeichnet den kommenden Dienstag als geeignetes Datum. Nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers im auswärtigen Ausschusse hat sich gezeigt, daß die Länder hinter der Regierung stehen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung verlangt der Kommunist Thomas die sofortige Vertagung eines kommunistischen Antrages auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

Der Demokrat Koch-Weber hält die Situation für so ernst, daß die Regierung und das Reich die Hände zum Handeln freizubekommen müssen.

Der Kommunist Sticker führt aus, schon jetzt hätten zehntausende von Arbeitern des Ruhrgebietes als Protest gegen seine Preisgabe den Streik proklamiert.

Die Aussprache setzt sich in lebhafterer Form fort.

Abgeordneter Breitscheid (Sozialdemokrat) betont, daß die sozialdemokratische Partei immer ein scharfer Gegner der Separatisten gewesen sei.

Die Anträge auf einen sofortigen Eintritt in die politische Aussprache werden alsdann abgelehnt. Ebenso der kommunistische Antrag betreffend den bayerischen Ausnahmezustand.

Das Haus trat dann in die Tagesordnung ein und erledigte verschiedene kleine Vorlagen. Die nächste Sitzung findet morgen um 4 Uhr nachmittags statt mit der Tagesordnung: Änderung des Bankgesetzes und Verhandlung kommunistischer und deutschnationaler Anträge auf Aufhebung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten und der bayerischen Regierung.

Die „Sieger“ warten ab.

Paris, 27. September. (Savas.) Blättermeldungen zufolge nimmt die französische Regierung in der Ruhrfrage einen zuwartenden Standpunkt ein und wird die Taten der deutschen Regierung abwarten.

London, 27. September. In gutunterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die englische Regierung die Entwicklung der Lage auf deutscher und französischer Seite abwarten will, ehe sie einen Entschluß faßt.

Brüssel, 27. September. Das belgische Kabinett hörte gestern ein längeres Exposé des Außenministers Jaspar über die Lage an der Ruhr, an und gelangte einstimmig zur Ansicht, daß Deutschland nun genaue Angebote für die Regelung der Reparationsfrage unterbreiten müsse und daß die Befugnisse der Regierung nur unter den Bedingungen räumen werden, die bei den verschiedenen Ministerbegegnungen bekannt geworden sind.

sein, zu wissen, daß sein Angestellter nicht mehr zu den erklärten Feinden der Arbeitgeber (die: Kapitalismus!) gehört, wie nach dem Umsturz.“ Die Freude der Deutschbürgerlichen über den Wahlerfolg der Deutschgelben sagt Dir, deutscher Arbeiter, wer dabei gewonnen hat! Sie lehrt Dich, in wessen Dienste die sogenannten Nationalsozialisten ihre Verleumdungstätigkeit gegen die Sozialdemokratie betreiben!

Sie wollen Dir, deutscher Arbeiter, einreden, ihre Politik allein führe zum Ziele. Aber wo haben die Nationalsozialisten für Dich, für Deine Klasse oder für das deutsche Volk je einen Erfolg errungen? Ihre Kriegshege und Durchhaltepolitik, die schließlich zur Anechtung des deutschen Volkes führte, kann wohl kaum als Erfolg gebucht werden, denn ihnen dankst Du Dein ganzes heutiges Elend! Ihre Schwähnungen, ihre Tätigkeit waren stets nur gegen den Kampf um den Aufstieg und die Rechte Deiner Klassengenossen gerichtet, überall und immer waren sie der Hemmschuh Deiner Emanzipationsbestrebungen!

Sie, die deutschgelben Hakenkreuzler, wollen Dir einreden, Dein Heil wäre in der „Einheit mit Deinem Volke“ zu finden. Sie höhnen und spotten, weil sich das Proletariat noch nicht zur internationalen Einheit gefunden hat. Dabei sind sie sich selber nicht

einig, und selbst unter den Deutschgelben gibt es zwei Richtungen, die sich haderfüllt bekämpfen. Sie predigen den nationalen Zusammenbruch, aber vor kurzem sprengten sie selber den Deutschen parlamentarischen Verband, um bald darauf auf ihrem Parteitag zu Eger zu bekennen: „Eine schwere Passivpost in der sudetendeutschen Politik bildet zweifellos die Auflösung des deutschen parlamentarischen Verbandes, der wenigstens einen Mittelpunkt gemeinsamer Aussprachen gebildet hatte.“ Wir sollen mit ihnen „einig“ sein, aber in Eger klagten sie, das Parteileben der Deutschen habe „ein trostloses Wild tieferster Zerrfahrenheit und Zerküftung geboten“, weil die einen „Hochverratsphrasen, hinter denen nichts steckt“, vorbringen, während die anderen „byzantinische Hofgänge mit parteifanatischer Begeisterung verteidigen“. Der Anschluß an diese hunscheidige Schaar wird dem deutschen Arbeiter als „nationale Einheit“ vorgelegen, obwohl sie sich in Eger eingestehen mußten, daß die deutschnationale Politik auf der ganzen Linie versagt hat!

Zusam und verlogen suchen die Hakenkreuzler Dir, deutscher Arbeiter, die Sozialdemokratie als ein Sammelbecken aller selbst-

jüchtiger Triebe, sich selber als Muster aller Tugenden, der Selbstlosigkeit und warmherziger Berater hinzustellen. Denke einmal, deutscher Arbeiter, darüber nach: wer war es, der, als Du noch entrechtet und verachtet von Deinen bestehenden Volksgenossen dahingegetertest, sich Deiner annahm? Die Sozialdemokratie! Wer lehrt Dich, wer klärte Dich auf, wer lernte Dich, Deine Kraft zu gebrauchen, wer baute mit Dir Deine Organisationen, die Schutzwälle gegen Deine Ausbeutung? Wer stand zu Dir, als alle gegen Dich waren, wer erkämpfte Dir Schutz Deiner Arbeitskraft, den Achtstundentag, die politischen Rechte, wer machte Dich zum gleichberechtigten Bürger im Staate? Die Sozialdemokratie, die Dich zur Menschenwürde und zu Selbstbewußtsein emporgeführt hat!

Schaue Dir sie an, die sich jetzt an Dich heranischleichen und Dir das Gift der Verleumdung in die Ohren träufeln! Ja, denke nach, deutscher Arbeiter, dann wird den deutschgelben Heuchlern und kapitalistischen Zuträgern bald angst und Bange um ihren „Sieg“ werden und der deutschgelbe Spuk wird ebenso rasch zerflattern, wie er gekommen ist!

Der Handelsvertrag mit Frankreich.

Wir haben vor kurzer Zeit den Handelsvertrag zwischen England und der Tschechoslowakei besprochen und ausgeführt, daß dieser Vertrag den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Tschechoslowakei nicht im geringsten entspricht. Der Vertrag mit England hat das Bewilligungssystem, diesen Krebsbissen unserer Wirtschaftspolitik, das den zwischenstaatlichen Handelsverkehr nicht allein von der Höhe der Zölle, sondern auch von der Bewilligung des Außenhandelsamtes abhängig macht, nicht beseitigt. Die Tschechoslowakei hat die Zustimmung der Engländer zu diesem System damit erlangt, daß England besondere Zölle von bestimmten tschechoslowakischen Waren erheben, das heißt von Erzeugnissen tschechoslowakischen Ursprunges höhere Zölle einnehmen kann, als von denjenigen anderer Staaten. Der mit England abgeschlossene Vertrag hat auch für englische Kolonien keine Gültigkeit und ist demnach nicht geeignet, die tschechoslowakische Ausfuhr einigermaßen zu beleben.

Dem Handelsvertrag mit England läßt die Regierung nun den Vertrag mit Frankreich folgen, der auf Grund des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes bereits am 1. September in Kraft getreten ist. Obwohl der Handelsvertrag mit Frankreich allen tschechoslowakischen Ueberpatrioten besonders am Herzen liegt und von der tschechischen Presse als politisches Ereignis bewertet wird, kann nicht gesagt werden, daß er für die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft entscheidend ist. Trotzdem es an Versuchen nicht gemangelt hat, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich aufs engste zu knüpfen, hat sich der natürliche wirtschaftliche Zusammenhang der Tschechoslowakei mit Deutschland und den Nachbarstaaten als stärker erwiesen. Die Einfuhr aus Frankreich betrug im ersten Halbjahre 1923 dreieinhalb Prozent unserer Gesamteinfuhr, die Ausfuhr nach Frankreich sogar nur 2,43 Prozent unserer Gesamtausfuhr. Innerhalb sind angeführt der wirtschaftlichen Krise in der Tschechoslowakei auch diese Ziffern nicht ganz belanglos und es ist nur zu begrüßen, wenn Handelsverträge auch mit Ländern, mit denen der wirtschaftliche Verkehr nicht so intensiv ist wie etwa mit Deutschland und Oesterreich abgeschlossen werden. Wurden doch nach Frankreich in dem genannten Halbjahre für mehr als 30 Millionen Ké Holz und Kohle, für mehr als 27 Millionen Glaswaren, für 12,5 Millionen Zuder, für je sieben Millionen Ton- und Papierwaren, für mehr als sechs Millionen Obst- und Gemüse, für ungefähr denselben Betrag Bürsten und Binselwaren, für nahezu fünf Millionen chemische Artikel und unedle Metalle und für drei Millionen Eisenwaren ausgeführt. Was die französische Einfuhr zu uns betrifft, stehen an erster Stelle Wolle und Wollwaren (über 56 Millionen Ké), dann folgen für etwa zehn Millionen Baumwollwaren, für acht Millionen Seidenwaren, für sechs Millionen Kunstschul und Gintapetra und für etwas weniger als vier Millionen Lederwaren. Parfümerieartikel, bei denen man einen großen Einfuhrwert erwarten würde, werden in der Handelsstatistik des ersten Halbjahres 1923 mit nur 124.000 Ké angeführt.

Welches ist nun der Inhalt des eben abgeschlossenen Vertrages? Während die Zolltarife der mitteleuropäischen Staaten für je Zollposition nur einen festen Satz aufweisen, ist es beim französischen Zolltarif anders. Frankreich wendet bei jenen Staaten, mit denen kein Handelsvertrag abgeschlossen ist, die Säze seines sogenannten Generaltarifs an, während es für Staaten, die mit ihm Handelsverträge abschließen, einen Minimaltarif mit weit niedrigeren Zollsätzen hat. Frankreich hat nun der Tschechoslowakei nicht etwa den Minimaltarif für alle seine Waren zugestanden, sondern hat bloß für etwa 150 Zollpositionen ganz oder teilweise den Minimaltarif konzessiert und für etwa 300 Positionen Nachlässe vom Generaltarif gewährt. Das entscheidende aber ist, daß der Minimaltarif, also die größten Zollerleichterungen zumeist für landwirtschaftliche Artikel zugestanden wurde, nicht jedoch für industrielle, obwohl doch die Tschechoslowakei ein industrieller Exportstaat ist und eine Besserung der wirtschaftlichen Lage nur von der Hebung des industriellen Exports erwartet werden kann. Wenn Frankreich gerade den Produkten der tschechoslowakischen Landwirtschaft die größten Zollerleichterungen gewährt, so ist daran die Macht der heimischen Agrarier zu erkennen, die die Unterhändler bewog, gerade der Ausfuhr der Agrarprodukte ihr Augenmerk zuzuwenden. Die Unterhändler scheinen genau empfunden zu haben, wer ihre eigentlichen Auftraggeber sind.

Da das Bewilligungssystem weiter beibehalten wird, wird die tschechoslowakische Ausfuhr nach Frankreich kontingentiert. Während aber der französische Einfuhr sehr bedeutende Kontingente zugestanden wurden, sind die Kontingente für die tschechoslowakische Ausfuhr gering. Der Vergleich der betreffenden Tabellen lehrt, daß beim Vertragsabschluss die Tschechoslowakei der schwächere Teil war und ungünstig abgeschnitten hat. Denn was nützen alle Zollerleichterungen, wenn nicht entsprechend große Kontingente für unsere Ausfuhr nach Frankreich festgesetzt werden! Ob der Zoll höher oder niedriger ist, die Menge der Waren, die von uns nach Frankreich ausgeführt werden, bleibt die gleiche. Im übrigen bekommen wir

Ausnahmezustand im ganzen Reich.

Berlin, 26. September. (Wolff.) Eine in später Abendstunde veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet, daß die Artikel 114, 115, 117, 118, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden.

Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtung, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Beschränkungen zulässig. Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissäre ernennen.

Für Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers werden mehrere Freiheits- und Geldstrafen angedroht. Wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, wird der Täter mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Die im Straßengesetzbuche mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach Verkündung der Verordnung begangen sind. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsjustizminister außerordentliche Gerichte zu bilden. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Die Münchner Mordzentrale in Aktion.

Die Hitler- und Rothbach-Banditen wollen vor allem mit den bekannten Sozialdemokraten „abrechnen“, das heißt: sie ermorden! Und die Galenkreuzler aus der Tschechoslowakei sollen dabei mithelfen!

Berlin, 27. September. Aus München wird dem „Vorwärts“ berichtet, daß Hitler heute abends nicht weniger als 14 Versammlungen abhalten will, in denen er überall selbst auftreten will. Für heute sind in ganz Bayern alle Versammlungen und Übungen der Ortsverbände abgesetzt und alle Kräfte in München konzentriert. Auch aus der Tschechoslowakei und aus Oesterreich sind die völkischen Führer herbeigerufen. Dem Mitgliedern der Kampfverbände wurde jeder Urlaub außerhalb Münchens verweigert. Für die Nacht von heute auf morgen ist Alarmbereitschaft angeordnet. Einige Truppen sind für morgen früh vier Uhr in voller Ausrüstung zum Appell berufen. Ein Sturmtrupp Nationalsozialisten hat in der Nacht zum Freitag Feldwache für Stadelheim, jenes berüchtigte Gefängnis, in welchem in der Mäzezeit die politischen Gefangenen inhaftiert waren. In diesem Zusammenhang interessiert eine Liste, auf der mehr als 100 Namen politischer Persönlichkeiten verzeichnet sind, die zum Zeitpunkt der Aktion ausgehoben und unschädlich gemacht werden sollen. Auf dieser Liste sind Namen bekannter Sozialisten und auch vieler Bürgerlicher, von denen man eine Hemmung der nationalen Reinigung erwarten könnte.

Der Führer der Sturmabteilung Rothbach erläßt einen Aufruf an alle Rothbachleute und Parteigenossen, am Freitag, den 28. September abends 8 Uhr im Löwenbräu zu einer machtvollen Kundgebung zu erscheinen, in der unter der Parole „Rothbach muß heraustragen“ gegen die Behandlung des Führers Rothbach in Leipzig protestiert werden soll. Einen weiteren Aufruf erlassen die Nationalsozialisten an alle deutschvölkischen Motorradfahrer und Automobilisten, in die Motorradverbände und in die Autoklassen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei einzutreten. — Die „Völkische Zeitung“ meldet aus München: Die allgemeine Unruhe in der Stadt ist im Steigen begriffen. Wenn je eine Putschgefahr bestand, so ist das jetzt der Fall, Hitler scheint seine Zeit für gekommen zu halten.

Im wesentlichen scheinen die Nationalsozialisten diesmal nach faschistischem Muster mit ihrem alten Gegner, den Sozialdemokraten abrechnen und reinen Tisch machen zu wollen. Wenn man von einem beabsichtigten Staatsstreich spricht, so scheint er großenteils organisiert zu sein.

Die Hitler-Versammlungen verboten!

München, 27. September. (Wolff.) Generalstaatskommissär von Rahr hat die für heute abend angesetzten 14 Hitlerversammlungen verboten. Nach Erlassung des Verbotes begab sich der Vorsitzende der Kampfverbände sowie ein Vertreter der nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu Generalstaatskommissär von Rahr, um das Verbot rückgängig zu machen. Ihre Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Nach einer weiteren Anordnung des Generalstaatskommissärs sind alle politischen Versammlungen sowie Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

München, 27. September. (Wolff.) Der heutige Abend ist überall ruhig verlaufen. Die

angesetzten Hitlerversammlungen haben auf Grund des Verbotes des Generalstaatskommissärs von Rahr nicht stattgefunden. Wo sich Leute vor den Versammlungsorten einfanden, wurden sie von der Polizei auf das Verbot aufmerksam gemacht und mühselos entfernt. In Zusammenstößen ist es nirgends gekommen.

Die bayrische Reichswehr und Landpolizei „verlässlich“.

Hitler und Ludendorff ein Unglück für das deutsche Volk.

München, 27. September. (Wolff.) Bei den heute Vormittag unter Vorsitz des Generalstaatskommissärs abgehaltenen Besprechungen, an de-

der auf der gemeinsamen Orientierung in der europäischen Politik, auf der Einheit der Interessen, aber auch auf der Einheit des Gefühls, der Weisheit und der Kultur beruht. Die Freundschaft der tschechoslowakischen Nation zu Frankreich ist eine alte historische Tatsache. Den Bund besiegelte der Weltkrieg, in dem die tschechoslowakische Nation in der gleichen Front mit Frankreich marschierte. Die Nachkriegszeit hat die Vanden noch fester geknüpft. Was eine Gefahr für Frankreich ist, ist auch eine Gefahr für uns. Der gegenwärtige Handelsvertrag ist ein neuer Ausdruck dieser Politik.“ So schrieb das Blatt der tschechischen Bourgeoisie und des Handelsministers, die „Moravni Listy“, vor wenigen Tagen. Es hat sich also der Tschechoslowakei darum gehandelt, aus politischen Gründen einen Handelsvertrag mit dem befreundeten Staate abzuschließen, bei dem wirtschaftliche Gesichtspunkte in erster Linie gewiß nicht maßgebend waren. Die tschechoslowakische Volkswirtschaft gewinnt durch diesen Vertrag nichts. Zum Glück sind die wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich so wenig intensiv und bedeuten für die Gesamtheit der tschechoslowakischen Industrie so wenig, daß der Vertrag der tschechoslowakischen Wirtschaft einen nennenswerten Schaden nicht zufügen kann. Nutzen wird er ihr keineswegs.

nen auch Landeskommandant General von Lossow teilnahm, ergab sich erneut die Gewißheit, daß für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Bayern die Reichswehr und die Landpolizei unbedingt verlässlich sind und dem Generalstaatskommissär zur Verfügung stehen. Dieser Erklärung schlossen sich die anwesenden Führer der Vaterländischen Verbände ohne Vorbehalt an, mit einziger Ausnahme des Kampfbundes, der sich seine Stellungnahme vorbehielt. — Unter der Ueberschrift „Ludendorff-Revolution“ schreibt die bayrische Volksparteikorespondenz, die Lage sei eine ähnliche wie im November 1918. Nichts aber könne sie mehr verschlimmern als ein militärischer Putsch im Süden des Reiches. Hitler und Ludendorff sei die Fähigkeit, das deutsche Volk in eine bessere Zukunft hineinzuführen, abzuspochen. Ruining werde hoffentlich alle nationalen Kräfte um sich sammeln, die gewillt sind, ihre letzte Kraft einzusetzen, um solches Unheil von unserm Volke abzuwenden.

Eine Kundgebung Rahr's. München, 26. September. (Wolff.) Generalstaatskommissär Rahr hat eine Kundgebung erlassen, in der er versichert, daß seine Amtshandlungen von heiserer Liebe zur bayrischen Heimat, zum deutschen Volke und zum großen deutschen Vaterlande getragen sein werden. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen und gegen jeden Widerstand gegen seine Anordnungen werde er rücksichtslos auftreten.

Rahr's Diktatur ein gewagter Rettungsversuch.

Berlin, 27. September. An die Ernennung Rahr's zum Generalstaatskommissär knüpft der „Vorwärts“ eine längere Glosse, worin er betont, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Bestellung Rahr's zum Generalstaatskommissär zeige, bis zu welcher Höhe kritischer Zuspitzung die Dinge in Bayern gediehen sind. Die Regierung Bayerns unternehme einen außerordentlich gewagten Rettungsversuch, indem sie dem Führer der weißblauen, sogenannten vaterländischen Verbände, die Aufrechterhaltung der Ordnung überträgt, die von Seite Hitlers und Ludendorffs und sogenannten völkischen Kampfverbänden aufs schwerste gefährdet erscheint. Zwischen Rahr und den vaterländischen auf der einen Seite, Hitler und den völkischen auf der anderen Seite bestehen Gegensätze, die in letzter Zeit mit wechselnder Schärfe zum Ausdruck kamen. Tatsächlich hängt also alles davon ab, wie sich die Verhältnisse der beiden Gruppen zueinander gestalten. Die Ernennung Rahr's zum Generalstaatskommissär kann sie noch weiter auseinander bringen. Aber wenn sie sich einigen sollten, dann gäbe es allerdings keine Staatsmacht in Bayern mehr, auf die bei Abwehr eines Rechtsputches zu rechnen wäre. Schon jetzt liegt in der bayrischen Verordnung selbst ein schwerer Konfliktstoff, da diese den Versuch unternimmt, die Reichsbehörden mit Ausnahme der Reichswehr dem Generalstaatskommissär zu unterstellen. Insofern stehe die Verordnung im Widerspruch mit dem neuesten Rundtelegramm der Reichsregierung, das die Reichsbeamten an ihre Behördenspflicht gegenüber erinnere. Diese Tatsache wird wohl auch die Veranlassung sein, weshalb gestern um 12 Uhr nachts das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert zu einer Sitzung zusammentrat. Man darf annehmen, daß man auch seitens der Reichsregierung vor schwerwiegenden Entschlüssen steht. — Die Ernennung Rahr's zum Generalstaatskommissär für Bayern wird vom „Lokalanzeiger“ als eine Aktion der bayrischen Regierung bezeichnet, die sich nicht gegen die Einheit des Reiches richte, sondern an der Sorge um ihre Aufrechterhaltung auch in diesen stürmischen Tagen hervorgegangen ist. — Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus München melden, daß durch die Ernennung Rahr's die bayrische Staatsregierung der Ausrufung Hitlers zum Diktator von eigenen Gnaden zuvorkommen suchte. — Die „Völkische Zeitung“ schreibt, man müsse die Taten der nächsten Tage abwarten, die darüber entscheiden würden, ob die Ordnung, die Herr von Rahr herstellen soll, nicht eine besondere Färbung haben werde. In einer übertriebenen Nervosität liege jedoch kein Anlaß vor.

Die Berliner Polizei dem Wehrminister unterstellt.

Berlin, 27. September. Auf Anordnung des Polizeipräsidenten ist die Berliner Schutzpolizei anlässlich des Ausnahmezustandes dem Reichswehrminister zur Verfügung gestellt worden.

Blutiger Zusammenstoß.

Dresden, 27. September. In Annaberg ist es in der Nacht zum Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und Arbeitern gekommen, wobei ein Toter, 5 Schwerver- und 20 Leichtverletzte zu beklagen sind. Ein militärisches Aufgebot der Rechtsradikalen am 22. September, 11 Uhr nachts auf dem Marktplatz hatte die Arbeiterschaft herausgefordert. Da die Rechtsradikalen am Mittwoch wieder Versammlungen abhalten wollten, und mit Täuschungen gegen die Arbeiter drohten, versammelte sich die Arbeiterschaft von Annaberg und den umliegenden Orten am Mittwoch abends, um die Verammlung der Rechtsradikalen zu verhindern. Außerhalb der Stadt kam es dann zu Zusammenstößen und Schießereien.

*) Siehe Sozialdemokrat vom 26. Juli d. J.

Ungarische Pressstimmen zur Krise in Deutschland.

Prag, 27. September. Zu der in Deutschland entstandenen Lage nimmt die gesonderte Abendpresse Stellung.

Den Standpunkt des Außenministers präzisiert das Abendblatt der „Prager Presse“, welches schreibt: „Die Nachbarn Deutschlands sehen diese Entwicklung mit Sorge, sie werden aber von Anfang bis zum Ende sich auf die aufmerksame Beobachtung beschränken und sich nur gegen Uebergriffe schützen wollen. Unerwünschte Komplikationen werden hier nur dann wirksam verhütet werden können, wenn jede der in Deutschland und die Macht kämpfenden Parteien alles vermeidet, was den offenen Kampf in die Grenzgebiete des Reiches tragen könnte.“

Der agrarische „Benkov“, das Blatt des Ministerpräsidenten, sagt, daß man erst heute von einer Niederlage Deutschlands im Weltkriege sprechen könne. Die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands ließen heute glauben, daß sich in Deutschland ein Bürgerkrieg vorbereite. Diese Gefahr sei wahrscheinlich, da die breiten Massen durch die Verelendung vollständig demokratisiert seien, doch werde sich einem Bürgerkriege die Regierung mit allen Mitteln entgegenstellen, und es sei zu erwarten, daß der alte deutsche Sinn für Ordnung und Disziplin die Oberhand behalten werde. Der Bestand Deutschlands sei trotz der kommenden Auflösung der bürgerlichen Ordnung und voranschreitender Menschenopfer nicht gefährdet.

Das Brünner Organ der Nationaldemokraten, die „Lidove Roviny“ erklären sich für einen Versuch Frankreichs, Deutschland nunmehr aus seiner wirtschaftlichen und finanziellen Not zu heben und alles zu unternehmen, was notwendig ist, um zu diesem Werke die Mitwirkung der anderen Alliierten und des Weltkapitals zu gewinnen.

Das Ergebnis der Verhandlungen Benes - Bethlen.

Genf, 27. September. (Schw. Dep.-Ag.) Die in Genf geführten Verhandlungen zwischen Dr. Benes einerseits und den ungarischen Ministern Bethlen und Daruvarh wurden für den Augenblick abgeschlossen. Die Verhandlungen bezogen sich auf alle zwischen beiden Staaten schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen und gleichzeitig auf die Anleihe, welche die ungarische Regierung im Auslande aufnehmen will. Die Verhandlungen, die bis jetzt im herzlichsten Geiste geführt wurden, ergaben folgendes Resultat: 1. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, die auf Grenzbeamte angewendet wird und künftighin Grenzkontrollen zu vermeiden trachtet. 2. Es fand ein Meinungsaustausch statt bezüglich der Ratifikation des abgeschlossenen Handelsvertrages und der Konvention, welche auf den britischen Grenzhandel Bezug nimmt, sowie bezüglich des eventuellen Abschlusses einer besonderen Konvention über den Austausch von Waren. Auch die Frage der Bawija wurde geprüft und eine Erleichterung ins Auge gefaßt. 3. Man kam überein, die in der Frage von Trianon vorliegenden Fragen direkt und unverzüglich zwischen den zuständigen Ministerien zu erledigen und 4. jede Propaganda zu unterdrücken, welche geeignet ist, die freundschaftlichen Beziehungen zu stören.

Was die Genfer Verhandlungen über eine ungarische Anleihe im Auslande betrifft, erklärte man sich grundsätzlich geneigt, dazu beizutragen, daß Ungarn in den Stand gesetzt wird, vermittels einer langfristigen Auslandsanleihe seine finanzielle Lage zu bessern. Weiter wurde vereinbart, daß auf Rechnung der Reparationen, nichts von der Anleihe vorweggenommen wird und daß die Garantie- und Kontrollbedingungen für die Anleihe im gemeinsamen Einverständnis mit allen interessierten Parteien festgelegt werden. Auf der Grundlage dieser Prinzipien wird das Finanzprogramm vom Völkerbunde ausgearbeitet. Es wird sodann der Reparationskommission zur eventuellen endgültigen Billigung unterbreitet. In der Zwischenzeit werden die Verhandlungen über die Garantie- und Kontrollbedingungen für die Anleihe weitergeführt. Die bis jetzt stattgehabten Besprechungen lassen erhoffen, daß die Frage zu Beginn des Monats Oktober vor die Reparationskommission gebracht werden kann.

Der hanger Gerichtshof wird die Jaworinfrage begutachten.

Genf, 27. September. Der Völkerbundrat beschloß heute nach einem Referate des spanischen Vertreters Quinones de Leon in Angelegenheit der bisherigen Entscheidungen über die Jaworina das Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag einzuholen. Dieser wird sowohl die tschechoslowakische als auch die polnische Auffassung nach der rechtlichen Seite hin einer Prüfung unterziehen und sein Gutachten wird für die definitive Liquidierung der ganzen Frage maßgebend sein. Nach Erledigung der Jaworinfrage befaßt sich der Völkerbundrat mit weiteren zwei Fragen, an denen Polen beteiligt ist, d. i. mit der Frage der Erlangung der Staatszugehörigkeit in Polen und mit der Frage der deutschen Kolonisten in Polen.

Die Rume-Debatte in der Skupstina.

Belgrad, 26. September. In der Skupstina wurde die Debatte über die Erklärung des Vertreters des Ministers des Außern bezüglich der Rume-Frage fortgesetzt. Ministerpräsident Pasić erklärte: Nach dem Kriege war ich immer der

Der Kampf der Bergarbeiter.

Ein neuer Vermittlungsvorschlag der Regierung. — Heute beschließt die Reichskonferenz.

Die Zentralstreikleitung der Bergarbeiter teilt mit:

Der Minister für öffentliche Arbeiten teilte heute der Zentralstreikleitung im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten einen Vermittlungsvorschlag bezüglich Vereinigung des Lohnstreikes in den Braunkohlenebieren mit, demzufolge der Lohnabbau vom Beginn der Arbeitsaufnahme bis zum 31. Dezember 1923 acht Prozent, und ab 1. Jänner bis zum 31. März 1924 weitere drei Prozent zu betragen hat.

Die Vertreter der Bergarbeiter erklärten, diesen Antrag unter der Voraussetzung, daß alle übrigen Bestimmungen des Vertrages und die sonstigen Arbeitsbedingungen unverändert bleiben, der Freitag stattfindenden Reichskonferenz vorzulegen. Die Unternehmer verhalten sich zu diesem Vorschlag ablehnend. Bezüglich Alodno, Pilsen-Kuttnerberg und Hossitz sind die Verhandlungen ebenfalls noch nicht abgeschlossen.

Nach den Propositionen der Regierung, die sich mit der Ansicht der Bergarbeitervertreter decken, sollen die Verhandlungen heute zu Ende geführt und ihr Ergebnis der morgigen Reichskonferenz zur Entscheidung vorgelegt werden.

Beratung der Zentralstreikleitung mit den Gewerkschaftszentralen.

In der am 27. September 1923 in Prag stattgefundenen Sitzung der Gewerkschaftszentralen mit den Vertretern der Zentralstreikleitung wurde einmütig festgestellt, daß die Gewerkschaftszentralen bereit sind, zur Unterbrechung des Bergarbeiterstreiks aktiv einzugreifen. Die Details dieses Eingreifens, welche

den streikenden Bergarbeitern materielle Unterstützung bringen soll, wird in der nächsten von der Zentralstreikleitung einzuberufenden Sitzung festgelegt.

Die den Gewerkschaftszentralen angeschlossenen Verbände werden aufgefordert, soweit es die Verbände nicht schon aus eigenen Mitteln veranlassen, ehestens zur Unterstützung des Streikes beizutragen.

Unterstützungsaktion des deutschen Gewerkschaftsbundes für den Bergarbeiterstreik.

Die Zentralgewerkschaftskommission hat bereits am 14. d. M. eine finanzielle Unterstützungsaktion im Rahmen der Gesamtorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeleitet. Bei dieser kommen vorläufig außer der Inanspruchnahme des Solidaritätsfondes Darlehen und direkte Unterstützungen von den angeschlossenen Verbänden an die Union der Bergarbeiter in Betracht. Bei längerer Dauer des Streiks wird die Unterstützungsaktion im Wirkungsbereich des Gewerkschaftsbundes wesentlich gesteigert werden.

Revierkonferenz der Betriebsratsobmänner in Brüg.

Am Sonntag den 20. September 1923 um halb 10 Uhr vormittags findet in Brüg, Lidovky Dum (Johannes-Dom), eine Revierkonferenz der Betriebsratsobmänner der Revierbergamtbezirke Komotau-Brüg-Teplitz statt. Diese Mitteilung gilt als Einladung und werden die Betriebsratsobmänner um bestimmtes Erscheinen ersucht.

Sturmzeichen in Sachsen.

Von unserem Dresdner Korrespondenten.

Die Unfähigkeit und Mißwirtschaft der gestürzten Regierung Cuno wirkt sich zur Zeit besonders in Sachsen auf die schärfste Weise aus. Die zum größten Teil industrielle Bevölkerung hat schon während des Krieges am meisten in Deutschland zu leiden gehabt, ist aber jetzt noch viel schlimmer daran und steht direkt vor einer Hungersgefahr. In den Arbeitsnachweisen sind gegenwärtig weit über Hunderttausend Arbeitslose festgestellt. Diese Ziffer umfaßt aber noch lange nicht alle Erwerbslosen und fast die Hälfte aller noch Arbeitenden arbeitet verkürzt. Vor den noch Beschäftigten steht drohend die Arbeitslosigkeit. Wirtschaftlich und politisch nirgends ein Lichtblick. Rechts und links von der Sozialdemokratie wird diese Situation reichlich ausgenutzt, um die Aufgaben der sozialdemokratischen Regierung zu erschweren. Daher kommt es, daß besonders Dresden, der Sitz der Regierung, von Erwerbslosen unruhig geschüttelt wird. Seit acht Tagen steht man in dieser Stadt wieder täglich von Kommunisten und Rechtsradikalen irreführend demonstrierende Arbeitslose, denen sich leichtsinniges Gesindel zugesellt. Allerlei Ausschreitungen werden begangen. Die Polizei muß immer und immer wieder eingreifen. Der Gummimäppel arbeitet, Verhaftungen werden vorgenommen, Verletzungen kommen auf beiden Seiten vor, am Montag ist der Führer der Erwerbslosen erschossen worden. In Zittau gab es am Dienstag zwei Tote und 18 Verwundete. Den Gewerkschaften

Ansicht, alle Fragen einverständlich mit den befreundeten Nationen zu regeln. Die Vertreter der Kroaten und Slowenen waren anderer Ansicht, sie wollten den Vermittlungsvorschlag Wilsons nicht annehmen, was ein großer Fehler war. Gegenüber Italien blieben wir allein und mußten den Vertrag von Rapallo abschließen. Ich habe ihn nicht abgeschlossen, muß ihn aber jetzt verteidigen. Wir konnten uns mit Italien nicht verständigen und waren deshalb genötigt, den Vertrag von Rapallo beim Völkerbunde zu registrieren. Um zu einer Verständigung zu gelangen, sind noch nicht alle Mittel erschöpft. Wir sind bereit, über die Durchführung des Vertrages von Rapallo weiter zu verhandeln. Falls sich die Kommissionen nicht einigen, besteht die Möglichkeit, eine Einigung in direkten Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen zu erzielen. Bleibt auch dieser Schritt erfolglos, wird der Völkerbund die Streitfrage entscheiden. Wir werden diese Entscheidung unbedingt annehmen. Wir hoffen, daß diese Entscheidung für uns günstig ausfallen wird. Sollte sie ungünstig ausfallen, besteht noch die Möglichkeit, daß die Zukunft die Ungerechtigkeit gutmacht. Der Vertrag von Rapallo existiert und wir werden von ihm nicht absteigen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab Außenminister Perić folgende Erklärung ab: „Unsere Politik ist und bleibt die Durchführung des Rapallovertrages. Es bestehen keine zwei Konzeptionen der Politik, sondern nur eine freundschaftliche Politik gegenüber allen Nachbarn. Eine solche Politik der radikalen Partei sichert unserem Volke einen vollkommenen Frieden.“ — Der Regierung wurde mit 113 gegen 92 Stimmen der Opposition das Vertrauen ausgesprochen.

gelingt es trotz größter Mühe nicht, die Leitung der Erwerbslosen in die Hand zu bekommen. Zu all dem kommt der Mangel an Lebensmitteln und eine ungeheure Teuerung. Die Geschäfte sind vielfach geschlossen und die Demonstrierenden verlangen die Schließung der noch offenen. So bietet Dresden ein trübes Bild, das mit dem beginnenden Winter immer noch schwarzer zu werden droht.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in allen Großstädten und in den Industriezentren Sachsens. Aber auch das umliegende Land hat zu leiden. Die verzweifelte Bevölkerung zieht in Massen auf die Dörfer und sucht sich auf jede Art Lebensmittel zu verschaffen. Es wird einzeln und vereint gebettelt und hie und da auch „requiriert“, Klein Vieh weggetrieben und abgeschlachtet, und gestohlen, wo etwas zu holen ist. Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten können schon längst nicht mehr der Entwertung des Geldes folgen. Sehr viele Unternehmer suchen die Steuernachnahmen der Reichsregierung dadurch zu sabotieren, daß sie Arbeiter entlassen oder die Betriebe schließen. Sie folgen nur dem staatlichen Zwange, wenn sie die verkürzte Arbeitszeit einführen.

Die ungeheure Not bleibt natürlich nicht ohne politische Folgen. Sachsen wird zum Sturmbod in Deutschland. Hier erreichen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ihre Gipfelpunkte. Kommende Ereignisse werden voraussichtlich in Sachsen ihren Ausgangspunkt haben. Die immer wieder neue Parolen schmeißende kommunistische Partei fordert jetzt das Beschlagnahmerecht für die den Lebensmittel- und Bedarfsartikelhandel regelnden

Die Revolution in Bulgarien.

Sofia, 26. September. Der Sonderberichterstatter des tschechoslowakischen Pressbüros meldet: An der Spitze der nach den amtlichen Berichten den Bezirk von Berkowica und Ferdinand noch im unter beherrschenden Kommunisten stehen die kommunistischen Führer Georgi Dimitrow und Wasil Kolarow. Der erstere war Mitglied der Nationalversammlung und des Sofioter Gemeinderates. Kolarow ist Mitglied der Exekutive der kommunistischen Internationale. Beide sind in Gemeinschaft mit dem den Aufruf in Südbulgarien leitenden Zukanow die entscheidenden Persönlichkeiten der kommunistischen Organisation. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um ihre Flucht nach dem Auslande zu vereiteln und sich ihrer zu bemächtigen.

In den Kämpfen der letzten Tage hatten die Kommunisten viele Tote und Verletzte, insbesondere dort, wo sie unbewaffnete Bauern genötigt hatten, mit ihnen zu ziehen, wobei sie sie in die ersten Reihen stellten.

Die Schäden an den Bahnen sind bereits hergestellt, der Personenzugverkehr ist wiederum normal. Heute wurde auch der Frachverkehr wieder aufgenommen. In Nordbulgarien war der Bahnverkehr überhaupt nicht unterbrochen.

Der Ministerrat hat beschlossen, keinen von den verhafteten Kommunisten freizulassen; im Gegenteile haben in der letzten Nacht die Behörden weitere 250 aktive Kommunisten verhaftet, welche den Militärgerichten eingeliefert werden. Von morgen ab ist die Polizeistunde (die Zeit für die Schließung der Häuser) für 20 Uhr festgesetzt. Der Sofioter Kommandant General Lazarow versicherte heute, die ganze Bewegung werde in kurzer Zeit liquidiert sein. Der Ministerrat erließ eine Verordnung, derzufolge sämtliche kommunistischen Schulausschüsse aufgelöst werden.

Kontrollausschüsse, ferner die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften und als letztes Ziel die Aufrichtung einer Bauern- und Arbeiterregierung nach russischem Muster.

Am Mittwoch ist eine direkte Aufforderung der kommunistischen Zentrale an ihre Mitglieder ergangen, sich allerorts mit den Leitungen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zu Aktionsausschüssen zu vereinigen, um mit Hilfe eines vorbereitenden Generalkreises den Faschismus niederzuschlagen und die politische Macht in die Hände des Proletariats zu bringen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften lehnen es natürlich ab, in eine solche Aktion einzutreten, die gerade jetzt den Feinden der Republik gelegen käme. Den Kommunisten wurde von der Sozialdemokratie öffentlich gesagt, daß in Sachsen die Staatsgewalt völlig in den Händen des Proletariats liegt und die Regierung Zeigner bisher den Nachweis geführt hat, daß sie alle konterrevolutionären Bestrebungen zu unterdrücken willens und in der Lage ist.

Die sächsische Regierung hat alles getan, um der Not zu begegnen. Die reichsgegliedert eingesetzten Kontrollausschüsse wurden mit den besten weitgehenden Befugnissen ausgestattet, die Demobilisierungskommissare wurden angehalten, bei Lohnunterschieden die getroffenen Abmachungen für sofort verbindlich zu erklären, der Stilllegung der Betriebe wurde durch eine Verordnung entgegengetreten und durch eine Vereinbarung mit den Unternehmern, entsprechend der Belegschaftsgröße Arbeitslose einzustellen, der Arbeitslosigkeit begegnet. Endlich hat der Staat zu Sonderunterstützungen für Erwerbslose Mittel bereitgestellt. Ungachtet dessen ist, da die Staatspolizei verheerend kommunistische Uebergriffe, zu denen die verzweifelte Bevölkerung getrieben wurde, zurückgewiesen hat, von der kommunistischen Parteileitung und ihrer Presse bereits angekündigt worden, daß sie der Regierung Zeigner das Vertrauen entziehen wolle. Auch sonst deutet vieles darauf hin, daß die Kommunisten die Absicht haben, sich in Thüringen auch in Sachen von der Sozialdemokratie loszulösen, um für kommende Ereignisse freie Hand zu haben.

Im allgemeinen wird in führenden Kreisen der Kommunisten damit gerechnet, daß die Faschisten und Nationalisten, die jetzt unmittelbar bevorstehende Liquidierung des Ruhrabenteuers zu einem Aufstand benutzen und daß man diesen Aufstand von rechts unter der Parole: Errichtung einer Bauern- und Arbeiterregierung, zu einem Gegenstoß benutzen müsse. Auf dieses Ziel wird offensichtlich planmäßig hingearbeitet. In Thüringen besteht wenig Aussicht, daß noch einmal eine Verständigung erzielt wird. So dürfte denn auch in Sachsen die Trennung erfolgen. Es ist ein seltenes Schauspiel, daß die Kommunisten in einer Zeit, die die Einigkeit des Proletariats am nötigsten hat, um die Republik vor dem Ansturm von rechts zu sichern, nichts anderes zu tun wissen, als bestehende sozialistische Vollwerke zu zerbrechen.

Der sächsische Landtag, der spätestens zum 9. Oktober einberufen wird, dürfte schnell eine Entscheidung bringen. Im Vordergrund der Landtagsverhandlungen steht die Affäre Dr. Zeigner-Gehler, beziehungsweise die Forderung der sächsischen Sozialdemokratie auf Entfernung des Reichswehrministers, der in den letzten Tagen seinem Verhalten dadurch die Krone aufsetzte, daß er die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ für die Soldaten des Truppenübungsplatzes Königbrunn bei Dresden durch Divisionsbefehl verboten. Ministerpräsident Cuno beabsichtigte, Zeigner nach Berlin zu locken, um ihn dort zu verhaften. Hoffentlich wird dieser Akt dann zur Entfernung Gehlers führen.

Die Liquidierung des Ruhrabenteuers wird, da es Südbahnen offenbar auf einen Bruch mit dem Reiche anlegt, auch in Sachsen politische Wirkungen haben. Trennen sich die Kommunisten wirklich von den Sozialisten, dann dürften Sachsen und Thüringen als Objekte kommunistischer Experimente dienen. Es kann aber heute schon gesagt werden, daß die Sozialisten und der übergroße Teil der sächsischen Bevölkerung einem solchen Versuche den größten Widerstand entgegenzusetzen würde. Das sächsische Proletariat hat die faschistische Gefahr richtig erkannt, indem es eine planmäßige Abwehrorganisation über das ganze Land aufbaute. Die Mitglieder dieser Organisation sind gewillt, die Regierung und die Republik mit allen Mitteln zu schützen. Es wäre furchtbar, wenn diese Organisation genötigt würde, nicht gegen rechts, sondern nach links zu kämpfen. Das müßte zu einer Erbitterung führen, die die Verständigung des Proletariats auf lange Zeit hindern und die rechtsgerichteten Kreise stärken würde. So herrscht also in Sachsen eine politische Hochspannung, die die größte Aufmerksamkeit der Regierung und unserer Partei erfordert.

Inland.

Eine Abgabe der Legionäre an die Nationaldemokraten. Zum Legionärkongress hat die Legionärgemeinde eine Publikation ausgegeben, in der das Geleitwort Dr. Leo Schrabava erhält. Er sagt, daß die Legionäre nicht darauf ausgehen, eine eigene Rasse in der Nation zu bilden, sondern daß sie sich überall mit den übrigen Schichten der Nation verschmelzen wollen. Es gebe keine eigene Legionärpartei, sondern nur eine einheitliche soziale Gesamtfrage der arbeitenden Schichten der Nation. Es sei kein Zweifel, daß die Entwicklung in diesem Sinne fortschreite. Die gewesenen Soldaten der nationalen revolutionären Armee würden langsam in den einzelnen Arbeitszweigen mit ihrer Umgebung eins und so werde — je länger, desto deutlicher — das hauptsächlichste und wichtigste Bindemittel, das die Legionäre zu einer Gesamtheit macht, klar. Das ideale Bindemittel der revolutionären Tradition und das in den Hauptpunkten der Washingtoner Deklaration ausgedrückte, bisher unerfüllte Programm. Dr. Schrabava erläutert sodann den Standpunkt der Legionäre zu den politischen Parteien und sagt, daß die Legionäre in erster Reihe nahestehe der tschechisch-sozialdemokratischen, der tschechisch-nationalsozialistischen und der Agrarpartei. Mit Rücksicht darauf, daß sich 70 bis 80 Prozent der Legionäre zum Sozialismus bekennen, hat sich auch die Legionärgemeinde offen auf den sozialistischen Standpunkt gestellt und wird auf ihm verharren. Mit den Merkmalen und den Forderungen und mit Organisationen, die geheim oder öffentlich die Faschisten unterstützen, wollen die Legionäre nichts gemeinsam haben. Dr. Schrabava weist die Angriffe der Nationaldemokraten, die sich durch diese Richtlinien getroffen fühlten, zurück. Die Legionäre — so schließt Dr. Schrabava seine Betrachtung — die das Volk in nationaler und politischer Hinsicht befreit haben, wollen nun in seinen ersten Reihen für die wirtschaftliche Befreiung kämpfen.

Die Konvention, zu der Marschall Foch den Grund legt. Das Venes-offiziöse „Oeste Slovo“ schreibt: Präsident Masaryk trifft in Paris am 15. Oktober ein und wird sich dort ungefähr eine Woche aufhalten. Er wird im Außenministerium wohnen, wo bereits für ihn Appartements vorbereitet werden. Zweck seiner Reise ist vor allem, der Abschluß einer Konvention zwischen beiden Staaten, zu der Marschall Foch während seines Aufenthalts in Prag den Grund gelegt hat; weiters den Dank an die französische Regierung für die Hilfe abzustatten, die sie der Tschechoslowakischen Republik seit 1918 geleistet hat, und die Verhandlungen, die Dr. Benes bei seinem letzten Besuche in Paris zu dem Zwecke eingeleitet hat, um die Ansicht beider Regierungen über die Zulassung der Kleinen Entente in den Völkerbundrat und die Völkervereinigung in Einklang zu bringen, abzuschließen, endlich einen gemeinsamen Standpunkt zur Frage der ungarischen Anleihe, der Entlohnung Ungarns und der Repressivgelüste der neuen ungarischen Regierung einzunehmen. Im November wird dann M. L. L. an den Präsidenten Masaryk besuchen und sich vier Tage in Prag aufhalten. Das Programm der Freundschaften wird eben ausgearbeitet, die zu Ehren des französischen Präsidenten abgehalten werden sollen und die alles zu übertreffen versprechen, was bisher in dieser Richtung in Prag geleistet wurde (?). Dieser Austausch offizieller Besuche wird als großer Erfolg Benes und als Beweis dafür angesehen, daß beide Staaten die Beziehungen, die sie verbinden, noch zu vertiefen wünschen.

Hlinka und Schramel. Nicht nur im „Cech“, dem Organ der radikalen Tschechischlerkriterien, auch in den „Libove Visty“, dem offiziellen Organ der Volkspartei, stehen die tschechischen Volksparteiler plötzlich auf gemeinsamer idiosyncratischer Grundlage mit den Hlinkalisten, deren Stimmen Freude und Respekt im Lager Schramels hervorgerufen haben. Selbst der „Slovak“, das Sprachrohr Hlinkas, wundert sich darüber und schreibt, daß die Brüder in Prag bei der Stimmzählung nicht mehr von magyarophilen Stimmen, sondern von slowakischen Stimmen reden. Die Prager Hlinkalisten zählen die slowakischen Stimmen zu den übrigen und drehen — wie die „Tribuna“ schreibt — den Agrariern und den Sozialisten. Ihre Propaganda haben sogar den Mut, zu behaupten, daß die Kraft der Volksparteiler dazu genügt, um „einen Staat im Staate zu bilden“. Es ist begreiflich, daß die Erleichterung der Situation auch auf das gegenseitige Verhältnis der parlamentarischen Faktoren auf beiden Flügeln, dem slowakischen und dem tschechischen, der Volkspartei wirken wird und daß die Tschechischlerkriterien in der Beurteilung Hlinkas zurückhaltender sein werden.

Die Wahlschwindeln. Schöne Sachen kommen nach den Wahlen an die Oberfläche. Sozialdemokraten gemeinsam mit den Nationalsozialisten und den Merkmalen — so schreibt „Rube Pravo“ — beschuldigen die Agrarier der Fälschung der Wahlergebnisse und verzeichnen massenhaft Fälle, in denen sich die Agrarier tausende fremde Stimmen aneigneten, in denen sie für die Zeit der Wahlen Zeitungen kauften und mit Hilfe der, Swebka untergeordneten politischen Amter, mit Terror und List die Slowaken zwingen, agrarisch zu wählen. Die „Libove Visty“ sprechen von agrarischen Mandatrequisitionen und die „Libove Roviny“ enthalten wiederum, wie die Agrarier die Sozialdemokraten betrogen. Die „Marodni Visty“ aber lassen sich aus

Breßburg schreiben, daß slowakische sozialdemokratische Sekretäre zur Agrarpartei übergingen. Mit der Wahlstatistik hält das Ministerium des Inneren deswegen zurück, weil zwischen den Koalitionsparteien ein Kampf darum, wem die meisten Stimmen zugerechnet werden sollen, ausgetragen wird.

Die sozialpolitischen Vorklagen der kommenden Herbstsaison des Parlamentes sind größtenteils Verlängerungen innerhalb der schon bestehenden sozialpolitischen Gesetzgebung. Es handelt sich um Verlängerungen des Gesetzes über die Baubewegung, des Gesetzes über die Begrenzung des Einkommens der Kriegsschädigten, bis zu welcher sie Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, des Gesetzes über die Vertretung der Kriegsschädigten in den Landesberufungskommissionen, des Gesetzes über die Unterstützung der arbeitslosen Bauarbeiter, ferner des allgemeinen Arbeitslosenunterstützungsgesetzes, des Gesetzes über die Feuerungszuschläge zu den Unfallrenten und schließlich des Gesetzes über die Krankenversicherung in der Slowakei und in Karpathenrußland.

Tages-Neuigkeiten.

Aufreizender Luzus.

Ein Blick in das Parkett unserer Theater, zehn Minuten aufmerkamer Beobachtung auf einem Hauptplatz oder einer frequenten Straße der Großstadt genügen zu der Feststellung, daß die Bourgeoisie wiederum einen Luzus aufhört, der aufreizend und empörend wirkt.

Ein, zwei Jahre nach dem Umsturz, solange dem Bürgertum das Zittern vor der Revolution nicht aus den Gliedern weichen wollte, legten sich die Herrschaften, die vom Ertrag der Arbeit anderer Willen bauen, ein wenig Zurückhaltung an. In dem Maße aber, da das Bürgertum wieder an Macht gewann und die Reaktion in Politik und Wirtschaft ersparte, wuchs auch wiederum das Selbstherrlichkeitsgefühl der Bourgeoisie und ihre — um es offen auszusprechen — Schamlosigkeit, zur Zeit nahezu verewigter Not der arbeitenden Volkes, mitten in Wirtschaftskrise und Massenverderblosigkeit, unverhüllt den eigenen Gang zum Luzus zur Schau zu stellen.

Man werfe, wie gesagt, einen Blick in das Parkett und die Logen der Theater. Da wandeln, sitzen und sitzen die Damen der Gesellschaft, überladen mit kostbaren Kleidern und gleißendem Schmuck. Da blitzen Diamanten an Ohren und Händen, auf Hals und Nacken, rauschen in schreiendsten Farben Atlas und Seide, brüsten sich Pelze und Fliederwerk, Lach und Samt. Die Patrizier von gestern und die Prophen von heute. — Vorkriegsreiche, Kriegsgewinner und Nachkriegsgeldhüter — sie alle, die in Logen, Automobilen und Equipagen nicht mehr zu unterscheiden sind, überbieten einander an Luzus und Verschwendung.

Empörung ruft der Anblick dieser schamlosen Gesellschaft nach, und das Bild der Hunderttausende da draußen taucht auf, die nicht Brot genug haben, ihren Hunger zu stillen, nicht Kleider und Schuhe, ihren Leib gegen Kälte und Risse zu schützen, keinen warmen Herd, oftmals kein Dach über dem Kopfe, keine Arbeit und doch auch keine Ruhe — die weil die anderen in ihrer Pracht erstrahlen. Da ringen Zehntausende, die zur Arbeit in den Gruben verdammt sind, bittere Wochen um ein paar Lohnkronen — und die anderen schwelgen in Reichtum und Ueberfluß.

Nicht, daß es Menschen gibt, die sich schon kleiden, weckt unsere Empörung; wir wollen ja das Leben aller Menschen innen und außen verschönern helfen. Aber daß die einen ihre Leiber bis zur Unschönheit aufzuputzen vermögen, während es den anderen, den Massen der Werttätigen, an Nützlichem gebricht, sich ein ganzes Hemd, einen Rock zu wahren, das ist's, was zur Empörung reizt.

Und da es so ist, ist's auch gut so. Die Bourgeoisie sorgt selber dafür, daß der Gegensatz der Klassen, der uns an jeder Straßenecke in die Augen springt, nicht einen Augenblick lang vergesen werde. Es kommt der Tag, an dem die Drohnen von Samt und Seide lassen werden.

Gerichtsbezirke mit über 20 Prozent harten Minoritäten.

Das Staatsamt für Statistik hat auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung das Verzeichnis jener Gerichtsbezirke aufgestellt, in denen über 20 Prozent Staatsbürger anderer als tschechoslowakischer Sprachzugehörigkeit wohnen. Es sind dies:

Im Sprengel des Oberlandesgerichtes in Prag:

Deutsche: Arnau, Mäh, Ausha, Aushig a. E., Benfen, Bergschneid, Vllin, Buchstetinitz, Böh. Kamel, Böh. Leipa, Brüg, Buchau, Dauba, Dutsch-Gambel, Dobran, Duppau, Duz, Eger, Eibogen, Falkenau, Friedland, Gablonz a. R., Gödau, Graslitz, Grahen, Grulich, Halba, Hainspach, Hartmannitz, Hohenste, Hohenfurt, Holslau, Jechwitz, Joachimsstai, Kaaden, Kalshing, Kapitz, Karbitz, Karlsbad, Katharinaberg, Komotau, Königshof a. E., Königswart, Krapan, Krumanau, Landolcon, Leitmeritz, Leitomischl, Lobositz, Luditz, Manetin, Marienbad, Marktschendorf, Mies, Neuhofitz, Neudel, Neuren, Neuhaus, Neustadt a. d. Tafelichte, Niems, Oberleutensdorf, Oberplan, Pelsdau, Pstrauburg, Plan, Platten, Podersam, Poltschitz, Postelberg, Prachatz, Prehnitz, Reichenberg, Rohlitz a. J., Ro-

lititz, Ronsperg, Rumburg, Saaz, Schajlar, Schalkenau, Sebastiansberg, Stach, Steden, Tachau, Tannwald, Tepl, Teplitz-Schönau, Tettschen, Trautenau, Tuschtau, Wallern, Wernsdorf, Weidendorf, Weyßhitz, Weipert, Wldstein, Winterberg, Wladau.

Im Sprengel des Oberlandesgerichtes in Brünn:

Deutsche: Mischitz, Aushig, Demitz, Bräunstadt, Frain, Freiberg, Freiwaldau, Freudenthal, Fulnel, Hemmersdorf, Hof, Hohenstadt, Hohenploh, Jgla, Jägerndorf, Jauernig, Joslowitz, Stadt Liebau, Mähr.-Kromau, Mähr.-Krausitz, Mähr.-Ostau, Mähr.-Tribau, Mähr.-Weißkirchen, Müllitz, Nikoloburg, Neumittelschein, Odrau, Obersdorf, Simlich, Bohrtitz, Römetschitz, Schilberg, Schönberg, Sternberg, Troppau, Wagstadt, Weidenau, Wiesenberg, Wlitzschitz, Wlitzschitz, Glabings, Jnaum, Judmantel, Zwittau.

Im Sprengel der Gerichtstafel Breßburg: fünf deutsche und vierzehn magyarische.

Im Sprengel der Gerichtstafel Kaschau drei deutsche, neun magyarische und fünf russische.

In Karpathenrußland vier magyarische Gerichtsbezirke.

Die tschechische Mauer. Am 26. Juli 1923 überreichte der Teplitz-Schönauer Musik- und Gesangsverein bei der politischen Bezirksverwaltung Teplitz-Schönau ein Ansuchen um Einreisebewilligung für den Gesangsverein „Liedertanz“ in Freiberg i. S. zum Zwecke der Veranstaltung eines Konzertes, das am 1. September 1923 in Teplitz-Schönau stattfinden sollte. Die politische Bezirksverwaltung leitete das Gesuch am 27. Juli 1923 unter Zahl: 10.263, an die politische Landesverwaltung in Prag weiter. Mit dem Bescheide der politischen Bezirksverwaltung vom 7. September 1923, J. 10.263, wurde der Teplitz-Schönauer Musik- und Gesangsverein verständigt, daß das Ministerium des Äußern laut Erlasses vom 1. September 1923, J. 143.940 II/23, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur dem Ansuchen des Vereines um Erteilung des Einreisevisums für die Mitglieder des Gesangsvereines „Liedertanz“ in Freiberg i. S. am 1. September 1923 keine Folge gegeben hat. — Dem Ministerium des Äußern hat es also gefallen, über das einschlägige Gesuch genau an dem Tage zu entscheiden, an welchem die Einreise stattfinden sollte. Die Verständigung von dieser Entscheidung erfolgt eine Woche später. Im gewöhnlichen Verkehre bezeichnet man ein derartiges Vorgehen als Frozelei. Ob das Ministerium des Äußern damit sein Ansehen gefördert hat, lassen wir dahingestellt.

Die Sprache der Kundmachungen. Nach § 14 der Regierungsverordnung vom 28. Juli 1921, Zg. Nr. 269, haben die Gemeindeämter jährlich, Anfang September, die zur Stellung im nächsten Jahre Verpflichteten durch öffentliche Kundmachung unter Hinweis auf die gesetzlichen Strafen (§ 40 des Wehrgesetzes) aufzufordern, sich im Monate Oktober zur Stellungszurechnung anzumelden. Der Inhalt dieser Kundmachung wird in der Verordnung des Näheren angegeben. Eine Bestimmung über die sprachliche Ausstattung dieser Kundmachungen enthalten weder das Wehrgesetz, noch die Wehrvorschriften. § 3, Absatz 3, des Sprachengesetzes vom 29. Feber 1920, Zg. Nr. 122, bestimmt, daß die Sprache der öffentlichen Kundmachungen und ähnlichen Bezeichnungen der autonomen Behörden von der staatlichen Vollzugsorgane festgesetzt wird. Daraus ergibt sich, daß die deutschen Gemeinden nicht verpflichtet sind, die Aufforderung an die Stellungspflichtigen zur Anmeldung behufs Stellungszurechnung auch in tschechischer Sprache auszufertigen.

Verbotene Devisengeschäfte mit Tschechoskronen. Beamte des Finanzamtes Dresden beschlagnahmten beim Bankvereine in Gottscheubach für rund 65 Milliarden Mark fremde Geldforten. Der Bankverein soll seit länger als Jahresfrist ohne Genehmigung Devisengeschäfte, namentlich in tschechischen Kronen, vorgenommen haben.

Die verjudete Kandidatenliste. Die jüdisch-nationale „Wiener Morgenzeitung“ teilt mit:

Auf der christlichsozialen Nationalratsliste für den ersten Wiener Wahlkreis findet sich auch der Name eines waschechten Juden, des Landesgerichtsrates Dr. Otto Weinberger, dem auch das gewiß sehr reichlich aufgewendete Taufwasser seinen jüdischen Veldigen nicht abspülen konnte. Weinberger ist der Typus des Karrierekünstlers, der, um im richterlichen Dienst rascher vorwärts zu kommen, sich in den Schoß der Kirche begab. Aus einem guten jüdischen Hause in Brünn stammend, war er bis vor wenigen Jahren im Justizdienst in Triest tätig und kam nach dem Zusammenbruch nach Wien. Er hiederte sich hier in ganz hervorragendem Maße dem sehr kirchentromm gestimmten Flügel der Christlichsozialen an, indem er für die „Reichspost“ juristische Gutachten in Kulturkampffragen erstattete, wobei er es verstand, dem Sinn der österreichischen Besetze nach der Auffassung des kanonischen Rechtes Gewa zutun. Dr. Weinberger, der an fünfter Stelle der christlichsozialen Liste steht, dürfte kaum gewählt werden, aber wenn man sich in christlichsozialen Kreisen etwa der Meinung hingibt, daß die Kandidatur eines Lausjuden auch nur einen anständigen Juden dazu verleiten könnte, ein Stimm für die Christlichsoziale Liste abzugeben, so dürfte man sich einer argen Täuschung hingeeben haben. Jeder anständige Jude muß sich im Gegenteil dadurch abgeben fühlen, ja es als direkten Lohn empfinden, daß ein getaufter Jude sich in dersel-

ben Partei wie der Bogromcher Herzogabel, um ein Mandat bewirbt. Mit Ueberflaum kann und will das aufrechte Judentum nichts zu tun haben, und auch die gesinnungstüchtigen Christlichsozialen werden einsehen, daß sie mit der Auffstellung des Dr. Weinberger als Kandidaten ihrer Sache keinen Dienst erwiesen haben.

Offenbar wurde der getaufte Landesgerichtsrat deshalb auf die christlichsoziale Kandidatenliste genommen, damit sich der Finanzminister Dr. Kienböck dort, wie die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, nicht ganz einsam fühle, unter Laiben die einzig jüdisch fühlende Brust. Trotzdem embeht die Kandidatur Weinbergers nicht der Bilanzanerie. Die Ausrufe der Christlichsozialen, daß die Taufe eben alles gutmache, dürfte nicht stichhaltig sein, denn wenn ein getaufter Jude oder ein Judenabkömmling nicht christlichsozial gesinnt ist, war und ist er für sie immer ein „Jud“, unter Umständen sogar ein „Zaujud“, außer er heißt Popper oder Kahn oder er ist ein Bankier und gibt Soupers. Am meisten zu bemitleiden ist übrigens Herr Herzogabel. Daß er jetzt vor dem 21. Oktober keine Reden gegen die Juden halten darf, ist schon bitter; aber daß er noch außerdem zwei Juden als Mitbewerber auf der christlichsozialen Parteiliste hat, das ist zu viel! Mes verjudet — selbst die antisemitische Kandidatenliste! Das ist das Ende des Abendlandes...

Begnadigung im Prozeß Grass. Nach einer Meldung der Agence Belge hat der belgische König nach dem Vortrag des Justizministers eingewilligt, daß das auf Todesstrafe lautende Urteil im Prozeße Grass in eine Freiheitsstrafe umgewandelt werde.

Die Tat eines Bohmsinnigen. Aus Frankfurt wird gemeldet: Das fünfjährige Söhnchen des Arbeiters Kubel in Remorschen, das einen Augenblick ins Freie gegangen war, stand plötzlich in Flammen. Man riß dem Kinde die Kleider vom Leibe, aber es hatte schon so schwere Verwundungen davongetragen, daß es bald darauf erlag. Wie das Kind ausstufte, hat es ein Mami „nahgemacht“ und dann angezündet. Man will auch an der Kleiderseihen Benzingeruch wahrgenommen haben. Einwohner wollen in den letzten Tagen einen Schirmflücker beobachtet haben, der mit offenem Rasiermesser herumließ, die Kinder bedrohte, und nicht ganz normal schien.

Großer Brand in Podgasteln. Aus Badgastein wird berichtet: Am 17. d. M. um 9 Uhr abends brach auf bisher nicht aufgeklaste Weise in einem Nebengebäude des Café-Restaurants „Grüner Baum“ ein Feuer aus, das auch auf die Nachbaranwesen übergriff. Bis auf zwei Gebäude, die großen Schaden gelitten haben, ist alles niedergebrannt. Der Schaden dürfte zwei Milliarden betragen und ist durch Versicherung nicht gedeckt.

Hebung der deutschen Kriegsschiffe in der Scapa Flow-Bucht. Reuter zufolge hat ein schottisches Schiffsboot der Admiralität vorgeschlagen, die deutschen Großkampfschiffe, die in der Scapa Flow-Bucht versenkt worden sind, zu bergen. Einige Zerstörer sind bereits vor einiger Zeit gehoben worden.

Neues Unheil in Yokohama und Tokio. Das Gebiet von Tokio und Yokohama wurde Dienstag nachts von einem Unwetter heimgesucht. Die tiefer liegenden Stadtviertel sind überschwemmt worden, wobei die in Baracken unangebrachten Flüchtlinge ernstlichen Schaden erlitten.

Die Tschechoslowakei und die Völkervereinigung. Die deutsche Völkervereinigung in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Die vom Völkervereinigung eingesezte Kommission hat in jenen Staaten, in denen die geistige Arbeit durch die Kriegsfolgen erschwert ist, die Errichtung von staatlichen Kommissionen angeregt, die bezüglich der Wünsche der geistigen Arbeiter dem Völkervereinigung die nötigen Anregungen geben sollen. Es handelt sich z. B. um die Ausfüllung der Lücken in den wissenschaftlichen Bibliotheken und die Beschaffung fehlender Instrumente in Kliniken und Laboratorien, Hilfestellung für Professoren, Dozenten und Studenten, Austauschvorlesungen u. dgl. mehr. Solche Kommissionen wurden bisher in Österreich, Bulgarien, Estland, Finnland, Litauen, Polen, Rumänien und in der Tschechoslowakei errichtet. Die tschechoslowakische Kommission wurde von der tschechischen Akademie der Wissenschaften unter dem Vorsitz des Professors der tschechischen Universität Zubaty errichtet. Sie besteht aus 16 Mitgliedern, und zwar 8 Mitgliedern der tschechischen Akademie, 4 Mitgliedern der böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften und 4 Mitgliedern der Masaryk-Akademie der Arbeit. Das viergliedrige Exekutivkomitee setzt sich aus den Professoren Zubaty, Paska, Josefjal und Susta zusammen. Zum Sekretär wurde Dr. Vana bestellt.

Heute Bankferiertag in Böhmen. Der Bankverband teilt mit, daß heute (Wenzelsferiertag) in den Verbandsbanken und ihren Filialen, soweit sie in Böhmen liegen, nicht amtiert wird.

Witterungsübersicht vom 27. September. Ein Reiz nordwestlicher Depression beherrscht immer noch die Wetterlage in Mitteleuropa, obwohl der Druck über dem Kontinent über den Normalwert gestiegen ist, und in Böhmen bereits 770 Millimeter beträgt. Mittwoch und heute wiederholten sich in Böhmen kurze, schwache Strichregen (Schichtmenge ein Millimeter Niederschlag). Im Osten ist es trocken. Temperaturen von 20 Grad wurden nur in Donau-niederungen erreicht, sonst herrschen in allen Gebieten der Tschechoslowakei in gleichen Höhen ähnliche Wärmeverhältnisse. Da der Druckanstieg in Mitteleuropa fortdauert, dürfte der Rest der Störung bald zerfallen und der Einfluß hoher Druckes voll zur Geltung kommen. — Wahrscheinliches Wetter am 28. September: Abnahme der Bewölkung und Niederschlagsneigung nicht ausgeschlossen.

Prager Chronik.

Zus dem Polizeibericht.

Der 34jährige Maurergeselle Anton Slavacek aus Bortun bei Znojmo erkrankte vorgestern plötzlich an großen inneren Schmerzen; er gab an, im Gasthause des Wenzel Kocourek in Prag-Dolešowitz Würstel gegessen zu haben; derselbe Wurst wirt machte darauf selbst die Anzeige, daß bei ihm zwei andere Arbeiter erkrankt seien. Auch diese hatten dort Würstel gegessen. Es handelt sich um schwere Vergiftungen. Die Untersuchung ist eingeleitet. — Dieser Tage verhaftete die Polizei im Café „Stary“ auf dem Ziegenplatz in Prag-Mitte drei verdächtige Männer, die dort geheime Besprechungen abgehalten und n. a. verschiedene Preistosen zum Verkauf anbieten. Es wurden in ihnen der 30jährige Schuhmachergeselle Franz Kögler, der 27jährige Maurer Franz Bavel und der 22jährige Transportbegleiter Rudolf Samrad, alle drei aus Wien, festgenommen. Durch die polizeilichen Erhebungen wurde ermittelt, daß die drei Verhafteten die Raffeneinbrüche beim Postamt in der Sibirnergasse, bei der Firma Defais u. Vershure in der Benediktinerergasse und den Einbruch im Prager Tschechoslowakischen Jockeyklub vollführt haben. Bei dem letztgenannten Einbruch stahlen den Einbrechern 118.024 K in die Hände. Die Verhafteten sind drei berüchtigte Wiener Einbrecher und Schwerverbrecher.

Vom tschechischen Sprachunterricht.

Die Kenntnis der tschechischen Sprache ist für die Deutschen dieses Staates heute mehr als ein wertvolles Wissen, sie ist eine Notwendigkeit, denn ohne den Mittel des Sprachverständnisses bleiben uns Deutschen in der Tschechoslowakei wohl auch weiterhin die gewünschten Erfolge versagt. Sie werden sich aber leichter und sicherer einstellen, wenn unser Nachwuchs in der Lage sein wird, durch seine Gewandtheit in der tschechischen Sprache sich mit der breiten Masse des tschechischen Volkes direkt zu verständigen, ihm die Errungenschaften deutscher Technik, Wissenschaft und Organisation näher zu bringen, umgekehrt gleichfalls zu empfangen und verleunberischen Gerichten oder chauvinistischen Verhöhnungen an Ort und Stelle durch das gesprochene oder geschriebene Wort sofort entgegenzutreten. Die Kenntnis der tschechischen Sprache ist aber, darüber ist sich heute jeder vernünftig denkende Deutsche völlig klar, nicht nur ein bedeutungsvoller Wegbereiter für unsere wirtschaftspolitische Entwicklung, sondern von größtem Nutzen für den Aufstieg jedes Einzelnen von uns, denn die besten Posten werden hierzulande mit Kennern der tschechischen Sprache besetzt.

Somit lautet für unsern Nachwuchs die Hauptfrage nicht mehr: „soll ich Tschechisch lernen“, sondern: „wie lerne ich gründlich Tschechisch?“ Mit diesem „Wie“ streifen wir aber den wundensten Punkt des tschechischen Sprachunterrichtes an unseren deutschen Schulen. Hier liegt es, die der so dringend gebotenen Gründlichkeit dieses Unterrichtszweiges schweren Abbruch tun: 1. das Grundraster, die vielfach leider noch angewandte veraltete Sprachlehrmethode, 2. schulbürokratische Einflüsse, 3. die viel zu hohe Schülerzahl in den betreffenden Abteilungen und 4. die zu geringe Zahl der Unterrichtsstunden.

Es ist hoch an der Zeit, wenn nicht hohe Werte unserem Nachwuchs verloren gehen sollen, diese Mängel öffentlich zu kritisieren und von den maßgebenden Kreisen Abhilfe zu heischen. Fragt man sich, warum versagt unser

Schulunterricht in der tschechischen Sprache, da ein Schüler, der jahrelang in der Schule tschechisch gelernt hat, oft auf die einfachsten Fragen nicht Rede und Antwort stehen kann, so sage ich, dieser Unterricht muß versagen, weil hier ein ganz verkehrter, unnatürlicher Weg eingeschlagen wird, der sich im Gestrüpp grammatischer Regeln und im endlosen Einprägen von Vokabeln verliert, ein Weg, der für Lernende wie für Lehrende eine Qual bedeutet. Der Hauptfehler dieser zwar sehr gut ausgeübten und daher leider noch vielfach angewandten Lehrmethode, die ein psychologischer Unsinn ist, liegt darin, daß im tschechischen Sprachunterricht noch Stoffe behandelt werden, die man künstlich nur zu dem Zwecke zusammengestellt hat, um an Hand derselben irgend eine grammatische Regel vorzuführen. Hierzu kommt noch, daß diese Stoffe nicht aktuell, sondern oft recht abgehackt sind und untereinander keinen logischen Zusammenhang haben, so daß der Schüler schon bei der dritten Lektion nicht mehr recht im Gedächtnis hat, was er bei der ersten lernen mußte, und er ist genötigt, die früheren Regeln und Vokabeln jedesmal von neuem einzupauken, wodurch Energie und Zeit vergeudet werden.

Wenn dann die Ergebnisse eines solchen Unterrichtes in der tschechischen Sprache, der den wichtigsten Gesetzen der Psychologie zuwiderläuft, vieles, ja alles zu wünschen übrig lassen, ist man oft rasch mit dem Urteil fertig und gibt gewöhnlich als Grund des Mißerfolges schlechten Willen und Unfähigkeit des Schülers an, obwar die fehlerhafte Lehrmethode die Hauptschuld trägt.

Mit dem Erlernen der tschechischen Sprache ist es wie mit dem Schwimmen. Dieses erlernt man bekanntlich nicht am Trocknen, selbst wenn man hier die Tauchtucht so gut erlernt hat, ins Wasser gefallen ertrinkt der Trockenschwimmer doch sofort. Will er das nicht, muß er im Wasser jede Schwimmbewegung exakt erlernen und so muß auch der Schüler mitten in die tschechische Sprache hineingestellt werden, d. h. für diesen Unterrichtszweig muß ein leicht verständlicher, nicht ermüdender und vor allem logisch zusammenhängender Lehr- und Konversationsstoff gewählt werden, z. B. bei Volksschulen ein passendes Märchen, bei größeren ein entsprechendes Theaterstück, für die reifere Jugend bietet die Behandlung des Jahres mit all seinen Erscheinungen im bürgerlichen Leben einen sehr dankenswerten Behandlungstoff, insbesondere wenn die laufende Jahreszeit behandelt wird, denn da macht man die sehr erfreuliche Wahrnehmung, daß die Augenbildgewalt des Lernstoffes, der heiße Atem der Gegenwart Lernende und Lehrende mitreißt, was von unschätzbarem Vorteil ist, weil die dem Gedächtnis so beigebrachten Begriffe dauernd haften bleiben müssen, da sie oft wiederkehren, wodurch das Eindringen der Vokabeln unnötig wird.

Natürlich müssen alle diese Stoffe, ob Märchen, Theaterstück, Zeitungsartikel usw. von einem Fachmann sorgfältig ausgewählt sein, denn bei diesen Konversationsstoffen müssen in anregender Weise zunächst jene hochwertigen Wörter vermittelt werden, die man im praktischen Leben vor allem benötigt. Nicht jeder, der Tschechisch lernt, braucht die rund 60.000 Wörter dieser Sprache. Hier muß der Wertunterschied der Vokabeln beachtet werden, es müssen vor allem die gangbaren Wortmünzen verwendet und die minder gangbaren zunächst gemieden werden.

Das ist der natürliche psychologisch begründete Weg, den der moderne tschechische Sprachunterricht nehmen muß, soll er seinen Zweck erfüllen. Man darf nicht, wie es bisher üblich war, selten und häufig vorkommende Wörter gleich von allem Anfang an durcheinander ein-

drücken, sondern muß dem wichtigen psychologischen Gesetz Rechnung tragen, demzufolge nur solche Vokabeln im Gedächtnis haften bleiben, die sich durch häufiges kurzfristiges Wiederholen in Erinnerung bringen. Dieses wichtige Gesetz wird vielfach noch unbeachtet gelassen. Die experimentelle Psychologie hat durch ihre Versuche über die Assoziationsvorgänge und die Leistungsfähigkeit des menschlichen Gedächtnisses den Beweis erbracht, daß unser bisher übliches schulmäßiges Auswendiglernen, das mechanische, kurz aufeinanderfolgende Wiederholen von Wörtern und Sätzen ein fast vollständiges Leerlaufen der Gedächtnismaschine und somit ein nutzloses Vergeuden von Energie und Zeit bedeutet.

Wir haben ja als Kinder beim Erlernen unserer Muttersprache auch nicht durch mechanisches Auswendiglernen und neu zugekommenen Wörter und Begriffe uns zu eigen gemacht, sondern durch ein gelegentliches, zwangloses Finden in gewissen Zeitabständen und auch als Erwachsene machen wir die Erfahrung, daß z. B. ein Gasthauer, den wir gelegentlich hören, viel rascher im Gedächtnis haftet, als Kriegsbatalion oder Sprüche, die wir schulmäßig eingepaukt haben. In unserer Kindheit haben wir ferner die Muttersprache trotz unserer damals so schwach entwickelten Geisteskräfte so spielend leicht erlernt, weil uns die Grammatik nicht belastete. Mit dieser sind wir erst bekannt geworden, als wir schon unsere Muttersprache beherrschten. Ist dies nicht ein deutlicher Fingerzeig, daß dieser natürliche, psychologisch richtige Weg auch beim Erlernen der andern Landessprache eingeschlagen werden muß? Erst praktisches Können, dann theoretisches Wissen, das ist der natürliche Gang. Aber unsere amtlichen Philologen denken anders, sie schreiben uns Sprachlehrern vor: 1. Grammatik, 2. Grammatik, 3. Grammatik. Wer je in der Lage war, ein Lehrbuch der tschechischen Sprache zur Approbation vorzulegen und nicht auf die amtlich punzierte, rein grammatische Sprachlehrmethode eingeworfen war, hat dies bitter empfinden müssen, und hat er nicht vorschriftsmäßig die vom amtlichen Begutachter gewünschten grammatischen Stoffe ins Lehrbuch aufgenommen, lief er Gefahr, keine Approbation zu erhalten. Dies sind unheilbare Zustände. Es wird gewiß keinen vernünftigen Sprachlehrer geben, der die Kenntnis der Grammatik grundsätzlich verwirft, der Besitz der notwendigen grammatischen Kenntnisse kann nicht entbehrt werden, aber im allgemeinen wird heute noch und namentlich in amtlichen Kreisen die Wichtigkeit und Wirksamkeit des theoretischen Sprachregelwerkes für den praktischen Sprachgebrauch viel zu sehr überschätzt. Man sollte „oben“, wenn man wünscht, daß der deutsche Nachwuchs Tschechisch lerne, das Hauptgewicht auf das praktische Können legen, auf die Entwicklung des natürlichen Sprachgefühls, das sich nur ergibt durch das Denken in der betreffenden Sprache, und dieses Denken ermöglicht nur die Konversationsmethode, keineswegs aber das ausschließliche Vermitteln grammatischer Kenntnisse. Auf diesen Umstand die hier maßgebenden Faktoren aufmerksam zu machen, war der Zweck dieser Zeilen.

Ganz kurz seien noch die andern Denkmisse gestreift, die gleichfalls durch unsere Schulbehörden glatt behoben werden könnten. Da ist die zu große Schülerzahl in den einzelnen Abteilungen für den tschechischen Sprachunterricht. Schreiber dieses unterrichtet bereits durch zwei Jahre über 60 Schüler gemeinsam in einer Abteilung an der Bürgerschule. Daß unter solchen Umständen selbst beim besten Willen herzlich wenig erreicht werden kann, ist klar. Man lasse also die Ansuchen um Teilung solcher starker Abteilungen nicht jahrelang unerledigt.

Endlich ist auch die geringe Zahl von drei Wochenstunden ein arges Minderndes des tschechischen Sprachunterrichtes. Zwar weist der Schulreformvorschlag des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur erfreulicher Weise diesem Unterrichtszweige fünf Wochenstunden zu, aber leider weiß man heute noch nicht, wann diese Forderung verwirklicht wird. Könnten nicht im Berordnungswege schon jetzt fünf Wochenstunden für Tschechisch zugewilligt werden wenigstens dort, wo sich die Notwendigkeit dafür ergibt und wo darum angefragt würde?

Bei gutem Willen könnte den hier geäußerten Wünschen wohl ohne große Schwierigkeiten Rechnung getragen werden. Es würde dadurch viel Verfaultes auf diesem Gebiete gutgemacht und dies liegt nicht allein im einseitigen Interesse der Deutschen dieses Staates.

Lehrer Hans Neumann-Kuffig.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Sonntagsruhe und Ladensperre im Handelsgewerbe.

Unter Führung des Abgeordneten Genossen Dirsch sprach gestern eine Deputation der Exekutive der freigewerkschaftlichen Angestellten-Organisationen, bestehend aus dem Sekretär Stolz für die Exekutive, Köhler für den Zentralverband Teplitz, und Bayer für den Bezirk Prag beim Vizepräsidenten Prusa der politischen Landesverwaltung vor, um wegen einer Verordnung, die die allgemeine Sonntagsruhe im Handelsgewerbe herbeiführen soll, vorstellig zu werden. Abgeordneter Dirsch besprach ausführlich die Wichtigkeit dieser Forderung und verwies insbesondere darauf, daß in vielen großen Städten, wie zum Beispiel Teplitz, Reichenberg usw. die Sonntagsruhe von den Unternehmern freiwillig eingeführt wurde und daß eine Anfrage des Ministeriums für soziale Fürsorge ergab, daß sogar der größte Teil der Gremien die Einführung der Sonntagsruhe wünscht. Kollege Bayer fügte hinzu, daß auch schon die Vorstehenden verschiedener Provinzgerichte von der politischen Landesverwaltung die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe verlangt haben und daß es allgemein befreunden müsse, daß die politische Landesverwaltung diesem Eruchen noch nicht Folge leistet. Die Kollegen Stolz und Köhler bewiesen auf Grund eines reichen Tatsachenmaterials, daß der Einführung der Sonntagsruhe nicht im Wege stehe. In seiner Antwort erklärte Vizepräsident Prusa, daß er selbst dem Verlangen nach Einführung der ganztägigen Sonntagsruhe wohlwollend gegenüberstehe und auf Grund der heutigen Intervention die Akten über diese Angelegenheit von den beteiligten Ministerien und seinen Referenten verlangen werde. Er hoffe, den Angestellten bald einen günstigen Bescheid geben zu können.

Es erfolgte sodann eine eingehende Aussprache bezüglich der Ladensperre und es wurde der politischen Landesverwaltung über diese Frage eine eingehende motivierte Eingabe vorgelegt.

Das Gesetz über die Konjunkturgebühren. Verhandlungen im Wirtschaftsrat.

Die Gebühren, welche die Konsularrämter bisher erhoben haben, beruhen auf dem österreichischen Gesetze aus dem Jahre 1902 und dem ungarischen aus dem Jahre 1901. Die Pariser Konferenz vom 21. Oktober 1920 sowie die Grazer Konferenz vom Jänner 1922, welche

len für ihr Opfer zu ersinnen. „Keine Pfeffergurken, keine Sardellen mehr, das ist nur eine Prellerei!“ erklärte sie Silvia an jenem Morgen, an dem sie ihr altes Programm wieder aufnahm. Goriot hatte frugale Lebensgewohnheiten. Kleinliche Sparsamkeit, die notwendige Voraussetzung für jene, die ihr Vermögen selbst erworben, war bei ihm zur Gewohnheit entartet. Suppe, gekochtes Rindfleisch, Gemüse waren stets seine Lieblingsgerichte gewesen, hatten es sein müssen. Es war nicht leicht für Frau Vaquer, ihren Pensionär zu ärgern, seine Gewohnheiten vermochte sie gar nicht zu verlegen. Verzweifelt über seine Unangreifbarkeit begann sie ihn zu verachten und übertrug ihren Haß auf Goriot auf die Wittensassen des Hauses, die aus reiner Lust am Spaß mittelten. Gegen Ende des ersten Jahres war das Mißtrauen der Witwe so weit gediehen, daß sie sich fragte, warum dieser Kaufmann mit seiner Rente von sieben bis achttausend Franken, seinem herrlichen Silberzeug und seinem Schmuck, dessen sich eine ausgeschaltene Frau rühmen könnte, bei ihr wohnte und ihre eine nach dem Stand seines Vermögens so bescheidene Pension bezahlte. Während dieses ersten Jahres hatte Goriot zum ersten bis zweimal wöchentlich auswärts gegessen, allmählich hatte sich dies auf zweimal monatlich verringert. Goriots auswärtige Vergnügungen standen mit Frau Vaquers Interessen zu sehr im Einklang, als daß die wachsende Regelmäßigkeit, mit der er seine Mahlzeiten im Hause einnahm, nicht ihren Unwillen erregt hätte. Den Wechsel für sie sowohl auf eine Verschlechterung seiner Verhältnisse als auf den Wunsch, sie zu ärgern, zuwid. Zu den widerwärtigsten Gewohnheiten dieser kleinlichen Geister gehört es, ihre kleinliche Art auch anderen unterzujubeln. Unglücklicherweise gab Goriot dem Klatsch, der sich mit ihm beschäftigte, neue Nahrung und erklärte Frau Vaquer, daß er in den zweiten Stock ziehen und seinen Pensionärpreis auf neunhundert Franken ermäßigen wolle. Er lebte so sparsam, daß er im Winter

nicht mehr heizte. Die Witwe wollte im voraus bezahlt werden, Herr Goriot, den sie von jetzt ab nur noch den alten Goriot oder Vater Goriot nannte, war damit einverstanden. Die Pensionäre ergüßten sich in den phantastischen Vermutungen über die Ursache dieses äußeren Rückganges. Ueberflüssige Mühe! Vater Goriot war, wie die falsche Gräfin herausgefunden hatte, ein Dackmauser und Schweiger. Nach der Logik von Hohlföpfen, die indiskret sind, weil sie nichts zu sagen haben, machen die, welche nicht über ihre Geschäfte sprechen, schlecht. Der vornehme Kaufmann wurde Betrüger, der Lebemann zu einem alten Sonderling. Bald hielt man mit Vaquer, der um jene Zeit ins Haus Vaquer kam, den alten Goriot für einen Börsianer, der kauferig mit seinen Renten spielte, nachdem er sich ruiniert hatte. Er galt als einer jener kleinen Spieler, die jeden Abend zehn Franken im Spiel gewinnen. Dann wieder witterte man in ihm einen Spion im Dienst der Polizei, aber Vaquer erklärte, er sei nicht schlau genug, um dazu zu gehören. Zuweilen galt er als Mörder, der auf kurze Zeit zu hohen Finessen auslief, dann als Mann, der vom Lotto lebte. Die geheimnisvollsten Ausgebirten von Laster, Schande und Unvermögen wurden ihm angehängt. Aber wie widerwärtig sein Betragen und seine Laster auch waren, der Haß ging doch nicht so weit, um ihm zu kündigen: er bezahlte seine Pension. Außerdem war er auch ganz nützlich: er war der Sündenbock, an dem jeder seine gute oder schlechte Laune ausließ. Frau Vaquers Meinung über ihn erschien als die wahrscheinlichste und war die meist geglaubte. Nach ihren Worten war dieser so gut konservierte Mann, der gesund war wie ihre Augen und einer Frau noch viel Freude bereiten konnte, ein Wüstling mit felsamen Gelüsten. Die Witwe hatte folgende Unterlagen für ihre Annahme: Einige Monate nach dem Verschwinden jener unheilvollen Gräfin, die sechs Monate auf ihre Kosten gelebt hatte, hatte sie eines Morgens, ehe sie aufgestanden war, auf

der Treppe das Rauschen eines seidnen Kleides und den leichten Schritt einer jungen Frau gehört, die in Goriots Zimmer verschwunden. Er war verständlich genug gewesen, seine Tür nicht zu verschließen. Im selben Augenblick erschien die dicke Silvia, um ihrer Herrin zu melden, daß eine Dame, die viel zu schön war, um anständig zu sein, angezogen wie eine Göttin, in Halbstiefelchen aus Stoff, auf denen nicht ein Staubchen lag, sich wie ein Mal in ihre Küche geflügelt hatte, um nach Herrn Goriots Zimmer zu fragen. Frau Vaquer und ihre Köchin horchten mit gespanntester Aufmerksamkeit und erhaschten einige zärtliche Worte. Der Besuch währte ziemlich lange. Als Goriot „seine Dame“ herausbegleitete, nahm die dicke Silvia ihren Korb und ging angeblick auf den Markt, um dem Liebespaar zu folgen. „Gnädige Frau“, sagte sie zu ihrer Herrin, als sie wiederkam, „Herr Goriot muß doch höllisch reich sein, um es so zu treiben. Stellen Sie sich vor: an der Straßenecke stand ein wunderschöner Wagen, in den sie eingestiegen ist.“

Bei Tisch stand Frau Vaquer auf und ließ einen Vorhang herunter, um Goriot vor der Sonne zu schützen, die ihn blendete. „Sie werden von schönen Frauen geliebt, Herr Goriot, die Sonne sucht Sie“, sagte sie mit einer nicht mißzuverstehenden Anspielung auf den Morgenbesuch. „Zum Teufel! Sie haben einen guten Geschmack, sie war sehr schön.“ „Es war meine Tochter“, sagte er stolz; die Pensionäre glaubten in dieser Bemerkung die Abneigung eines Greises durchzuhören, der den Schein wahrte.

Goriot erhielt einen Monat später wieder einen Besuch. Seine Tochter, die das erstmal im Straßentümmel gefunden war, erschien nach Tisch in Gesellschaftselle. Die Pensionäre, die plaudernd im Salon herumhingen, saßen eine anmutige zierliche Blondine, die viel zu vornehm ausah, um die Tochter von Vater Goriot zu sein. (Fortsetzung folgt.)

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

„Wenn ich dagesewen wäre“, tröstete Vaquerin, „so wäre Ihnen dieses Unglück nicht passiert! Ich hätte diese Komödiantin glatt entlarvt. Diese Mädchen kennen ich.“

Wie alle engen Geister war Frau Vaquer in den Kreis ihrer Erlebnisse gebunden, ohne die Ursachen erfassen zu können. Für ihre eigenen Fehler machte sie andere verantwortlich. Nach diesem Verlust betrachtete sie den guten Fabrikantenfabrikanten als die Ursache ihres Unglücks und begann, soweit er in Frage kam, wieder nüchtern zu werden. Als sie das Vergebliche ihres Verbens und ihrer Repräsentationskosten erkannt hatte, kam sie auch bald hinter die wahre Ursache. Da sah sie, daß ihr Pensionär schon, wie sie es nannte, seine Schliche habe. Es wurde ihr endlich klar, daß ihre so zärtlich genährte Hoffnung jeder Wahrheit entbehre, und daß sie mit diesem Mann, nach dem energischen Ausdruck der Gräfin, die sich darauf zu verstehen schien, nie weiterkommen würde. In ihrer Abneigung ging sie natürlich weiter, als sie je in ihrer Freundschaft gegangen war. Ihr Haß war nicht die Folge ihrer Liebe, sondern ihrer betrogenen Hoffnungen. Wenn das menschliche Herz einen Ruhepunkt findet, sobald es die Höhen der Liebe erklimmt, so macht es selten auf dem steilen Abhang von Haßgefühlen halt. Aber Goriot war ihr Pensionär, die Witwe war also gezwungen, die Ausbrüche ihrer verletzten Eigenliebe zu verbergen, die Zeuger über diese Enttäuschung zu unterdrücken und ihre Rachegefühle in sich hineinzufressen wie ein Mönch, der von seinem Prior gequält wird. Kleine Geister befriedigen ihre guten oder schlechten Empfindungen durch eine ineinanderverwandte Kette von Kleinlichkeiten. Die Witwe verwandelte ihre ganze weibliche Bosheit darauf, um immer neue Qua-

zwischen Oesterreich, Magyarien und Italien abgehalten wurde, machten ein neues Gesetz über die Konsulargebühren notwendig, welches die Regierung zunächst dem Wirtschaftsbeirat zur Begutachtung vorgelegt hat. In einer gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Außenhandelsausschusses des Wirtschaftsbeirates wurde nun über den Regierungsentwurf beraten. Das Referat erstattete Dr. Chytil, der gleich dem Regierungsvertreter hervorhob, daß die Konsulargebühren in dem vorliegenden Gesetzentwurf gegenüber dem früheren Zustande beträchtlich herabgesetzt werden. In der Debatte beantragten verschiedene Redner kleinere Änderungen. Genosse Dr. Strauß erklärte, daß es höchste Zeit sei, die Vorfälle für Pässe aufzuheben. Der finanzielle Effekt der Einhebung der Visagebühren, der sich im Jahre 1922 auf ungefähr 25 Millionen Kr. belief, macht es der tschechischen Republik möglich, im Wege der Verhandlungen mit den anderen Staaten für die Beseitigung dieser Einrichtung einzutreten, welche eine Fessel für den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den Staaten und eine Behinderung der Freizügigkeit ist. Seinen Ausführungen schloß sich Senator Professor Horaček vollinhaltlich an. In der Abstimmung wurde ein dahingehender Resolutionsantrag, in welchem der Regierung empfohlen wird, auf die völlige Beseitigung von Passiva hinzuwirken, angenommen.

Deutscher Großhandelsindex: 36 Millionen. Die für den 25. September berechnete Großhandelsindexziffer ergibt das 36,2 millionenfache der Vorkriegspreise. Der Dollarkurs ist in der gleichen Zeit um 19,3 von 100 zurückgegangen. Im Einzelnen sind die Einfuhrwaren von 49,3 millionenfachen auf das 44,2 millionenfache für Rohstoffe und von 59,3 millionenfachen auf das 55,3 millionenfache für Industriewaren zurückgegangen, während Lebensmittel im Großhandel vom 23,6 millionenfachen auf das 26 millionenfache und Zulieferwaren vom 33,3 millionenfachen auf das 34,6 millionenfache anjagen.

Das Internationale Arbeitsamt und die Landwirtschaft. Ein Beirat für Landwirtschaft wurde gemäß Übereinkommen zwischen dem Internationalen Arbeitsamt in Genf und dem Internationalen Landwirtschaftsinstitut in Rom eingeleitet. Jedes der beiden Institute ist durch drei Mitglieder vertreten, wozu noch Sachverständige kommen. Die erste Tagung des Ausschusses fand jüngst in Genf statt. Sie befaßte sich mit Fragen der Berufsausbildung der Landarbeiter, den landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Verhütung des Mißbrandes unter den Viehbeständen. Zum erörterten Punkt wurde ein Fragebogen zur Vorlage an die Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation entworfen, der folgende Punkte behandelt: 1. Gesetzgebung, 2. Aufnahme landwirtschaftlicher Gegenstände in die Lehrpläne der Volksschulen, 3. Landwirtschaftliche Fortbildungsschulen, 4. Besondere Einrichtungen für ländliche Erziehung, 5. Landwirtschaftliche Hochschulkurse. — Ein Fragebogen über Arbeitergenossenschaften in der Landwirtschaft bezieht sich auf nachbenannte Gegenstände: 1. Genossenschaften für landwirtschaftliche Arbeit, 2. Genossenschaften für Landwerb, 3. Genossenschaften zur Pachtung von Land, 4. Landwirtschaftliche Kreditinrichtungen. — Bei Verhandlung des zweiten Punktes wurde es als erwünscht bezeichnet, den Beziehungen nachzugehen, die zwischen ländlichen Kreditgenossenschaften einerseits und Produktiv- sowie Konsumgenossenschaften andererseits hergestellt werden könnten. Hiermit hat sich das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom bereits befaßt, das deshalb ersucht wurde, zusammen mit dem Internationalen Arbeitsamt die Mittel festzustellen, mit deren Hilfe landwirtschaftliche Genossenschaften (und besonders Kreditgenossenschaften) eine direkte Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern landwirtschaftlicher Produkte — vor allem den Konsumvereinen — anzubauen in stande wären.

Kommerzialisierung der polnischen Eisenbahnen. Das polnische Eisenbahnministerium hat dem Ministerratspräsidium ein Projekt für die Neuorganisation der Staatsbahnen vorgelegt. Nach diesem Projekte sollen die Staatsbahnen in ein kommerzielles Unternehmen, das nach dem Muster von Privatunternehmungen geführt werden soll, umgewandelt werden.

Ende des New Yorker Buchdruckerstreiks. Aus New York, den 27. September meldet Havas: Der Typographenstreik ist beendet.

Devillenturke.

Prager Kurze am 27. September.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden . . .	1340 00	1353 00
1 Million Mark . . .	0 23	0 31
100 belg. Francs . . .	170 25	180 75
100 schwed. Francs . . .	6 8 75	6 11 25
1 Pfund Sterling . . .	154 50 00	158 00 00
100 Lire . . .	154 75 00	158 00 00
1 Dollar . . .	4 00 00	34 40 00
100 franz. Francs . . .	210 25 00	211 75 00
100 Dinar . . .	39 95 00	40 45 00
10000 magyar. Kronen . . .	17 12 50	19 12 50
10000 poln. Mark . . .	1 09 75	1 08 25
10000 österr. Kronen . . .	4 50 00	5 09 00

Züricher Schlusskurze am 27. Sept.

	Gold	Ware
Paris . . .	34 40 00	34 50 00
London . . .	25 55 00	25 62 00
Berlin . . .	0 0 75	0 0 47
Mailand . . .	25 70 00	25 80 00
Holland . . .	220 80 00	21 30 00
Wien . . .	0 00 78 50	0 01 79 00
Budapest . . .	0 02 80	0 03 00
Prag . . .	18 80 00	18 87 50
New York . . .	5 80 50	5 82 00
Belgrad . . .	6 40 00	6 80 00
Batavia . . .	0 00 00 00	0 00 00 00

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Krant 16.83 75
Berlin	Mark 4.280.000 00
Wien	österr. Kr. 2132 00

Kunst und Wissen.
Ein neuer nordischer Musikromantiker.
(Viggo Brodersen.)

Seit die moderne Tonkunst der Vertiefung zusehender und sich mit der Regellosigkeit als mißverständlicher Kunstfreiheit brüht, werden die zum Volke sprechenden Lieddichter immer seltener und verarmt die Tonkunst in ihren poetischen und gefühlsmäßigen Neuerungen zu Gunsten grotesker und bizarrer Verstandesarbeit immer mehr. Die große Periode der Gefühls-Romantik in der Tonkunst, die dem klassischen Musikzeitalter als Abschnitt absoluter, rein formaler und durch sich selbst wirkender Musik folgte, scheint ihrem Ende nahe zu sein und der neuerlichen Mechanisierung der Tonkunst Mah machen zu müssen, wenn auch die letzte Richtung der schöpferischen Tonkunst in ihrer bizarren und grotesken Art nichts anderes als eine gesteigerte Romantik darstellt.

Um so mehr müssen wir uns an moderne Lieddichter halten, denen Musik noch Gefühlsausdruck ist und die Form- und Klangschönheit noch nicht als Verbrechen ansehen, deren Musik insoweit vom Herzen zum Herzen geht und dank dieser Eigenschaften gemeinverständlich ist und dem Volke gehört. Dem Volke zu gehören aber ist nicht nur kulturelle Pflicht jeder Kunst, sondern für sie selbst Lebensnotwendigkeit. Ein moderner Töne-Meister der erwähnten Art ist der Däne Viggo Brodersen, der in der letzten Zeit im deutschen Musikleben ausgetaucht ist und sich jetzt die Sympathien jener Musiker und Musikfreunde erwirbt, die für eine weniger wissenschaftliche und mechanisierte Tonkunst noch Sinn haben und sich ihrer ehrlich erfreuen können. Nach Gade, Grieg, Sinding, Rjerulf und Sibelius hat uns der europäische Norden nun diesen Meister der Töne gesandt, einen Meister, dessen Tonkunst so wie jene der anderen nordischen Lieddichter ihre besten Anregungen und kräftigsten Impulse aus der Volksmusik ihres Landes empfängt. Dem Musikverlagshaus Steingraber in Leipzig gebührt das Verdienst, eine größere Reihe von Werken dieses neuen nordischen Musik-Romantikers der Öffentlichkeit übergeben zu haben. Die uns vorliegenden Werke Brodersens repräsentieren sich schon äußerlich durch prächtige Ausstattung und musterhaften Notendruck. Auch ihr mächtiger, fast volkstümlicher Preis dürfte dazu beitragen, den Lieddichter bald in der weiteren Öffentlichkeit und im Volke bekannt zu machen. Es ist fast immer Selbstbekenntnis, was uns Brodersen in seinen Schöpfungen so sagen hat; und was er sonst sagt und singt, singt er immer in gefühlsmäßiger Weise, immer vom Wohlwollen schönen Klanges getragen und in edler, verständlicher Form. Seine stärkste Seite ist darum auch das Lied, in dem sich sein Fühlen und Empfinden ganz ausleben vermag. In seinen bisher erschienenen drei Liederbüchern findet sich manche unverwekliche Blüte der Lied-Lyrik. Lieder wie das von wärmster Innigkeit erfüllte Lied „Einsame Nacht“ nach Worten Hermann Hesses werden gesungen werden, so lange es Menschen gibt, denen Seele eigen, so lange es Menschen gibt, die sich willig dem Jauher eines empfindenden Gefanges gefangen geben. Brodersens Lieder entsprechen ganz dem Stile des modernen dramatisierten Liedes; dem kleinsten Liede, und schüßere es auch nur undromatische Stimmung, lyrisch, gibt ein bestimmtes, beharrlich festgehaltenes Thema oder Motiv musikalischen Inhalt und die charakteristische Note. Darum ist die Begleitung der Singstimme durch das Klavier bei Brodersen immer ein ausdrucksvolles Tongemälde für sich, nicht nur dazu bestimmt, den Gesang zu unterstützen und zu erläutern, sondern den Inhalt des gesungenen Wortes zu ergänzen. Doch weiß Brodersen auch in den nicht durch das erklärende Wort bestimmten Kunstformen der Komposition immer das Richtige zu sagen und uns eine Welt von Gefühlen und Stimmungen zu erschließen. Seine „Ballade“ für Klavier zweihändig wirkt ebenso überzeugend balladenhaft wie seine „Sonette“ für Klavier langsam und seine „Balletten“ als lebenswichtige Kleinigkeiten. Die oft überraschend kurzatmige Form der kleineren Kompositionen Brodersens scheint wohlbedachte Absicht zu sein; sie wirken wie ein eiliges Bekenntnis, das der Dichter in leiser Bescheidenheit nicht ganz ausgesprochen mag. Eine prächtige Cello-Sonate, außerordentlich dankbar für den Solisten und womöglich noch dankbarer für den begleitenden Klavierpieler, drei kleine Stücke für Klavier zu vier Händen und ein Streichquartett bilden den weiteren Bestand der die vorläufigen Werke Brodersens umfassenden letzten Steingraber-Ausgaben. Musiker und Musikfreunde, denen Herz und Gemüt in der Kunst noch mehr gilt als Verstand und technische Fertigkeit, dürfen die Hoffnung hegen, auch in Zukunft den anmutigen Klängen der Muse dieses neuen nordischen Musikromantikers zu begegnen. Denn Brodersen, der am 26. März 1879 in Kongens bei Aabenraug geboren wurde, steht in der Blüte seines Schaffens und dürfte neben seinem anstrengenden Berufe als Klavierlehrer in Kopenhagen auch die bis jetzt Zeit und Muse finden, sich seiner schöpferischen Tätigkeit zu widmen. Edwin Janetzki et.

Neues Theater. Heute nachmittags 2.30 Uhr „Die schöne Wama“, abends „Der Rosenkavalier“ mit Hohnen. Samstag, den 29. Konzert der Donkosalen. Sonntag, den 30., abends Gastspiel Else Loh-Mahner „Die Siegerin“.

Premiere „Dantons Tod“. Montag findet die Premiere des großen Revolutionsdramas „Dantons Tod“ von Georg Büchner statt. Der heftige

Dichter, dessen Tragödie „Wohged“ und das Lustspiel „Reance und Lena“ bereits gegeben wurden, schildert in diesem Werk die Schreckensherrschaft des Pariser Wohlfahrtsausschusses unter Robespierre im Jahre 1794 und den Kampf der Jakobiner gegen die von Danton und Desmoullins geführten Cordeliers.

Druckfehlerberichtigung. In das gestrige Referat über Bohens Gastspiel als Scarpia in Puccinis „Tosca“ hat sich eine Reihe unliebsamer Druckfehler eingeschlichen. Es sollte nicht „südländische“, sondern „süßliche“ Musik heißen, nicht „teuflische Laute“, sondern selbstverständlich „teuflische Lust“ und nicht „der Kapellmeister Sedel“, sondern „Der Kapellmeister Stedel“. Schließlich ist sinngemäß richtig „Man brauchte Bohnen nur singen hören.“

Der Film.

„Paradies im Schnee.“ (Bio Sanssouci.) Prag wird gegenwärtig durch einen mit dem üblichen Kobau herausgegebenen „Gesellschaftsfilm“ beunruhigt, der zur Irreführung der Besucher den Titel „Sportfilm“ trägt, eine Bezeichnung, die ebenso wenig gerechtfertigt ist wie die Bezeichnung „Paradies im Schnee“. Wir würden über diese Darbietung nicht weiter berichten, wenn wir nicht fürchten müßten, daß die Bezeichnung „Sportfilm“ auch die Arbeiterjugend anlocken wird und wenn wir nicht die Pflicht hätten, die Jugend des Proletariats davor zu warnen, daß sie nicht nur ihr hart erworbenes Geld, sondern auch ihre kostbare freie Zeit diesem Gesellschaftsschund widmet, der alles eher ist als ein erzieherisch oder aufklärend, ja nur anregend wirkender Sportfilm. Wo wir ein Paradies im Schnee, also glühende Winterpracht, Gesundheit, auflebende Jugend erwarten, dort treffen wir Vertreter der obersten Jehntausend aller Nationen und gewinnen ein Bild von der überausenden und alle Phantasie überbietenden Unfähigkeit, mit der in diesen Kreisen die Zeit totgeschlagen wird. Das herrliche St. Moritz, die Berge des Engadins, der tropische Frühling an den Gestaden des Sees von Lugano — aller Reichtum der Natur wird ausgetrieben, um zu diesem abstoßenden Treiben, Rahmen, Hintergrund und Staffage abzugeben. Zu einem Treiben, von dem wir vermuten, daß es noch abstoßender, noch aufreißender und noch erbärmlicher dargestellt wird, als es in Wirklichkeit sein mag. Denn es ist eine unmögliche Erfindung — von anderen sportlichen Verstößen abgesehen — daß zwei Bergsteiger mitten in den wildesten Eiskrevieren der Hochalpen einer kofetten Hotelpflanze wegen, an gefährlicher Stelle einen Ringkampf beginnen, der damit endet, daß der stärkere den schwächeren über eine Felswand in die Tiefe stürzt. Möglich, daß sich der Titel „Sportfilm“ aus Handlungen wie diese bezieht oder aber auf das übrige Liebesleben dieser Nichtstuer, das mit all seinen Verwicklungen und Augenverdrehungen von Darstellern wiedergegeben wird, die zu Besseren berufen sind. Wir freilich würden wünschen, daß sie in wirklichen Sportfilmen mitwirken würden, die endlich der Mission des Films als Erziehungsmittel erster Ordnung gerecht werden würden. Wirkt dieser Sportfilm nur insoweit aufklä-

Wetterberichte

Der Staatsamt für Meteorologie in Prag.

	Luftdruck auf Meereshöhe	Temperatur in °C	Windrichtung und -stärke (0-12)	Wetter	Tag- niederschlag	Temperatur gef. nach.
27. September 1923 morgens						
Prag	770	10	WSW,	1/2 bed.	1/2	13
Brno	769	11	W,	1/2 bed.	0	10
Melk (Johann)	750	6	W,	bed.	2	14
Stornoway (Dorid)	750	12	S,	Regen	1/2	10
Balearia (Ariand)	761	14	S,	bed.	5	15
London	770	11	SSW,	bed.	1	18
Ulster (Norwegen)	764	11	SW,	bed.	0	18
Stockholm	764	9	N,	Regen	3	11
Damburg	767	12	SW,	Rebel	23	15
Warschau	766	11	SW,	1/2 bed.	1/2	18
Paris	771	9	NO,	1/2 bed.	0	15
Birich	772	13	N,	1/2 bed.	1/2	18
Wien	770	13	W,	bed.	0	18
Belgrad	—	—	—	—	—	—
Dufareit	765	18	NW,	heut.	0	20
Diarrig (Frankr.)	765	15	O,	1/2 bed.	0	23
Florenz	765	17	S,	heut.	0	—
Atten	764	25	NNW,	heut.	0	—

Höhenstationen (Luftdruck nicht reduziert):

	Luftdruck	Temperatur	Wetter	Tag- niederschlag
Donnersberg 840 m	694	7	NW,	bed.
Schneealpe 1610 m	631	1	NW,	bed.
Juglitz 2060 m	537	-4	NNW,	Rebel

Wo vertehren wir?

Café Continental, 108 Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 2 Prag-Relazanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smetch 22 (Urania). 1000

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich Konzert **PRAG II.**, Hybornská Nr. 7.

Café Nizza
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

rend als er uns zeigt, wie mit der Natur nicht umgegangen werden soll, so hoffen wir, daß er die Brücke bildet zu wahrhaften Sportfilmen, die unserer Jugend von dem vertraulichen Umgang mit der Natur und nicht mit Lebendmen erzählen werden. R. D.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Böh.-Rammich. Sonntag, den 30. September 1923 findet um halb 3 Uhr nachmittags im kleinen Saale der Turnhalle in Böhmischnamnich eine Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Berichte, Mitgliederstand und Gemeindegliederungsliste. Referent Genosse Kögl er, Bodenbach, Allgemeines.

Jugendbewegung.

Die Kreis-Konferenz unserer Ruffiger Jugendlichen fand am Samstag, den 22. und Sonntag, den 23. September im Volkshaus statt. Mitten in einer Zeit der schwersten Wirtschaftskrise, unter der auch die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen hart zu leiden haben, legten die Vertrauensmänner Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeit im vergangenen Geschäftsjahre ab. Aus den Berichten ist zu entnehmen, was für erfreuliche Arbeit unsere Jugendlichen im verfloffenen Jahre geleistet haben. Nicht nur, daß trotz der Wirtschaftskrise die Mitgliederzahl stieg, es wurden auch eine Reihe von Gruppen gegründet. — Begrüßungsansprachen hielten die Genossen Ernst Paul, Teplich als Vertreter des Verbandsvorstandes, Kraus als Vertreter der Kreisgewerkschaftskommission, Dr. Ungar im Namen der Bezirksorganisation Ruffig-Stadt der Partei und Genosse Karl Restomich als Vertreter des Gauvereines der Kinderfreundeorganisation. Nach den Begrüßungsansprachen berichteten die Genossen Skoutajan als Kreisvertrauensmann, Frische Sekretariat, Kraus Kreischristenabteilung, Melzer Kreisliste, Schichel Kontrolle. Nach der Debatte wurden die Verhandlungen auf Sonntag vormittags 8 Uhr vertagt. — Sonntag sprach als erster Redner Gen. Skoutajan über die politische Situation und die Aufgaben unseres Verbandes. Sodann sprach Genosse Frische über die Aufrechterhaltung des Tagesunterrichtes in den gewerblichen Fortbildungsschulen. — Gewählt wurden die Genossen Skoutajan als Kreisvertrauensmann; Frische, Kreissekretär; Melzer, Kreisassistent; Trübner, Kreischristenabteilung; Mahner, Schriftführer. Nach Annahme einiger Anträge wurde die arbeitsreiche Konferenz nachmittags 1 Uhr mit dem Lied der Arbeit geschlossen. Anwesend waren 48 Delegierte und 11 Gäste.

Mitteilungen aus dem Publikum.

OSRAM
muß auf der Glasglocke stehen

Gute Beleuchtung unterstützt Auge und Hand.

OSRAM NITRA

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Für den Druck verantwortlich: O. Solla.

Verlangen Sie Palma

Kautschukabsatz- und Schle
von Throm Schuhmachere
meister. — Billiger
als Leder. — Schonen
Nerven, Füße & Schuhe